Sattler- und Portefeuiller Zeitung

Erscheint wöchentlich Freitags ::: Bezugspreis durch die Post 1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt 20 Pf., alle andern 30 Pf. pro 3 gespaltene Petitzeile

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten Lederwaren-Industrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 27 ∴ 23. Jahrgang | Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10b ∴ Telephon: Amt IV, 2120 | Berlin, den 1. Oktober 1909

Auf zur Agitation!

Kollegen und Kolleginnen! Sattler, Portefeuiller, Stepperinnen,

überhaupt alle in unserem Berufe tätigen **Arbeiter und Arbeiterinnen** fordern wir hiermit auf in den nächsten Wochen in ganz **außerordentlicher Weise der Organisation gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen. Die festgesetzten Agitationsversammlungen haben begonnen.**

Wenn Euch das Wohl und die gedeihliche Weiterentwickelung der Organisation am Herzen liegt, dann rüttelt die uns noch fernstehenden, die Säumigen und Gleichgültigen auf, flößt den Wankelmütigen neuen Mut ein, vor allen Dingen aber ermahnt sie an ihre Pflicht, in den Versammlungen zu erscheinen. Gebt ihnen ein glänzendes Beispiel treuer Pflichterfüllung, zeigt ihnen, welches Interesse Ihr an Eurer Organisation habt, damit sie an Euch lernen und von Eurer Begeisterung für die gemeinsame Sache mit fortgerissen werden, sich mit Euch in Reih und Glied zu stellen. Massenbesuch müssen die Versammlungen allerorts aufweisen, damit sie Zeugnis ablegen, daß die deutsche Kollegenschaft noch begeisterungsfähig und ernsthaft gewillt ist, gestützt auf ihre Organisation, sich eine bessere Zukunft zu bereiten.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, an die Arbeit, agitiert für die Versammlungen und werbt neue Mitglieder, damit wir den kommenden Ereignissen wohlorganisiert und gerüstet entgegensehen können.

Für die Woche vom 3. bis 9. Oktober ist der 41. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger wie fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

* * *

Halle a. S. Bei der Firma Kathe (Wagenfabrik) haben sämtliche Sattler die Arbeit eingestellt. Zuzug ist fernzuhalten!

Ausland.

Schweden. Wegen Generalstreiks aller Berufe ist jeglicher Zuzug nach Schweden fernzuhalten.

Bern (Schweiz). Die hiesigen Arbeitgeber wollen allgemein die Arbeitszeit von 9½ auf mindestens 10 Stunden verlängern. Zuzug ist daher streng fernzuhalten.

Wien. Die Treibriemenarbeiter von Lenhart & Wögerbauer stehen im Streik.

Königgrätz. Die Täschner der Firma Ruzicka stehen in einer Lohnbewegung.

Pardubitz. Die Kollegen werden ersucht, die Werkstätte Hladna in Pardubitz zu meiden.

Prag. Ueber die Firma Stein & Freund ist die Sperre verhängt.

Raab (Ungarn). Wagensattlerwerkstätte John ist strengstens zu meiden.

Kaschau. Die Firma Zollschan & Frankenstein ist nach wie vor gesperrt.

Der englische Gewerkschaftskongreß.

Immer, wenn ein solcher Kongreß tagt, wird derjenige deutsche Gewerkschaftler und Parteigenosse, der schon längere Zeit Anteil an der Arbeiterbewegung unserer Heimat nimmt, lebhaft an die Anfänge unserer Gewerkschaftsbewegung erinnert. Noch vor zehn bis fünfzehn Jahren konnte man in einer deutschen Gewerkschaftsversammlung bezw. in einem Referate über die deutsche Gewerkschaftsbewegung gar nicht über unsere Lehrmeisterin, die englische Gewerkschaftsbewegung, hinwegsehen. In unzähligen, passenden, sehr häufig wohl auch unpassenden Variationen waren die englischen Organisationen das Demonstrationsobjekt für unsere Agitatoren. Von ihnen ging man aus, zu ihnen kehrte man im Ausgangspunkte zurück, um dem deutschen Arbeiter die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Organisation zu beweisen. In vorgeschrittenen Kreisen fehlte selbstverständlich auch schon damals nicht die Kenntnis der Schattenseiten und Rückständigkeiten der englischen Organisationen, ja diese Kenntnis bewahrte uns vielfach davor, die englischen Zustände einfach zu kopieren und ins Deutsche zu übersetzen.

Heute ist das nun schon wesentlich anders geworden. Die deutschen Organisationen haben ihr Vorbild von ehedem erreicht, überflügelt, und ohne Ueberhebung können wir sagen, wenn die Engländer nicht, trotz ihrer Demokratie, allzu konservativ wären, müßten sie eingestehen, daß die deutschen Organisationen das Vorbild der Engländer von heute geworden sind. Jeder, aber auch jeder Vergleich, der zwischen diesen beiden mächtigsten Arbeiterorganisationen der Welt gezogen wird, fällt zugunsten der deutschen aus. Das größere Vermögen der Engländer kann den Kenner der Verhältnisse nicht im geringsten irritieren; besteht doch in England keine Zwangsversicherung und würde man, der Stärke der deutschen Gewerkschaften entsprechende Summen aus den Fonds der Krankenkassen, der Landesversicherung usw. in Anrechnung bringen, so würden auch auf dem Gebiete der Vermögensansammlung die englischen Organisationen hinter den deutschen zurückstehen.

Trotzdem wir also, vom rein organisatorischen Standpunkt betrachtet, nicht mehr nach England gehen brauchen, um zu „lernen", ist es äußerst interessant, die Weiterentwickelung der englischen Gewerkschaftsbewegung zu verfolgen. Wir geben deshalb kurz zusammengefaßt die wichtigsten Vorgänge und Beschlüsse wieder, die die Tagung des englischen Arbeiterparlaments gezeitigt hat:

Der diesjährige englische Gewerkschaftskongreß (vom 6. bis 11. September in Ipswich) hat ein über das sonst übliche Maß hinausgehende Interesse, da er zur Frage der sozialen Gesetzgebung im allgemeinen wie zu den einzelnen konkreten Gesetz- und Reformvorschlägen Stellung nehmen soll. Ganz besonders ist die reaktionäre Presse des Landes durch den Umstand, daß die Organisation der Gasarbeiter eine sozialistische Resolution in der Unterrichtsfrage auf die Tagesordnung brachte, beunruhigt und aufgebracht. Im übrigen haben ja die Gewerkschaftskongresse erst wieder seit kurzem neue Bedeutung gewonnen, seit die Sozialisten, wie man wohl sagen darf, neues Leben hineinbrachten.

Es sind 497 Delegierte, darunter vier Frauen, die 1 701 000 Gewerkschaftsmitglieder vertreten, anwesend. Unter den Delegierten befinden sich 33 Parlamentsmitglieder, 26 Friedensrichter, 2 Bürgermeister usw. Außerdem sind Vertreter der Arbeiterpartei (Labour Party), der englischen Gewerkschaftszentrale (General Federation of Trade Unions), der Konsumgenossenschaftsbewegung, des Handelsministeriums sowie der amerikanischen Gewerkschaften anwesend.

Dem Kongreß gingen eine Reihe öffentlicher Versammlungen und Empfänge voraus, auch eine Konferenz der Metallarbeiterföderation, ferner eine der Vereinigung für Arbeiterwohnungen und -züge. Das offizielle, vom lokalen Gewerkschaftskartell herausgegebene Programm sieht sogar für Sonntag in den drei größten Kirchen besondere „Kongreßpredigten" von bekannten Geistlichen vor. Natürlich benutzen auch die Sozialisten aller Parteien die Ge-

legenheit, eigene öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, deren für jeden Tag bezw. Abend mehrere vorgesehen sind.

Die Begrüßungsrede des Vorsitzenden Shakleton betont besonders die Erfolge der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren auf politischem Gebiete. Nicht weniger als 53 Vertreter der Gewerkschaften und Arbeiterpartei gehören jetzt schon dem Unterhause an, besonders wird das Prinzip des neuen „Budgets" begrüßt, das zum ersten Male dem Prinzipe: Neue Lasten den Schultern, die sie am besten tragen können, aufzubürden, Rechnung trage. Daher der große Enthusiasmus der Arbeiterklasse für das Budget. Großen Beifall fand auch die Bemerkung, daß die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und England, der von den Chauvinisten täglich an die Wand gemalt wird, deshalb undenkbar ist, weil die Arbeiter beider Länder einen Krieg nicht wollen.

Der schwedische Reichstagsabgeordnete C. Lindley sprach vor Schluß der Montagssitzung in geläufigem Englisch über den Kampf der schwedischen Arbeiterschaft, an die Solidarität auch der englischen Arbeiterschaft appellierend. Er hob rühmend hervor, daß von den deutschen Arbeitern schon rund ¾ Millionen Mark, von den dänischen Arbeitern über 280 000 Mk. Unterstützung nach Schweden gesandt wurden, während in England ein direkter offizieller Aufruf zur Unterstützung infolge verschiedener Umstände noch nicht ergangen sei. Unter großem Beifall wurde beschlossen, Lindleys Rede sofort gedruckt allen angeschlossenen Organisationen zuzusenden, nebst einer vom parlamentarischen Komitee vorgeschlagenen und vom Kongreß einstimmig beschlossenen Sympathieresolution für die kämpfenden schwedischen Genossen, in der zur kräftigen materiellen Unterstützung aufgefordert wird.

Dieser Vorgang ist bezeichnend für die englischen Verhältnisse. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß mancher Delegierte hier zum erstenmal überhaupt etwas vom schwedischen Generalstreik hörte. Ein Antrag, sofort 20 000 Mk. zu gewähren, wurde, weil nicht statutengemäß, abgelehnt.

Einen ausgesprochen gewerkschaftlichen Grund hatte das Vorgehen gegen den liberalen Eisenbahnerabgeordneten Bell, der gelegentlich einer im Parlament gegen die Eisenbahngesellschaft, die das Koalitionsrecht ihrer in Vertrauensstellung tätigen Beamten nicht anerkennt, gerichteten Debatte für die Gesellschaft Partei genommen hatte. Nur der entschiedene Ausdruck des Bedauerns und das Versprechen, sich künftig von der Aktion der gewerkschaftlichen Vertreter nicht zu trennen, ersparte ihm das beantragte Tadelsvotum und die Aufforderung, seine Kandidatur nicht mehr aufzustellen. Wichtig ist dieser Zwischenfall dadurch, daß er zeigt, wie sehr die Stellung der alten Anhänger der liberalen „Schwanzpolitik" der Arbeiter, deren einer der letzten Mr. Bell noch ist, ins Wanken geraten ist. Bekanntlich haben auch die Bergarbeiter ihr Dutzend Abgeordnete veranlaßt, künftig in den Reihen der Arbeiterpartei ihren Platz im Parlament zu nehmen.

Die deutschen „Bells", die Schiffer, Giesberts, Behrens und Konsorten, die hier zwar nicht als Liberale, sondern als „Christlichsoziale", richtiger, Ultramontane, im Parlament sitzen, haben für ihr gleichartiges Verhalten bei der „Finanzreform" bekanntlich „höhere politische Gesichtspunkte" geltend gemacht. Im Schwindeln sind sie also dem englischen Bell weit über.

Interessant gestaltete sich die Diskussion über die Schaffung einer Territorialarmee (Miliz). Der Engländer ist bekanntlich kein Freund der allgemeinen Wehrpflicht und ein Feind des Soldatentums überhaupt. Der Soldat ist Söldner und daher wenig geachtet.

A. B. Stanton (Sozialist) von der Bergarbeiterföderation unterstützt die Resolution recht ausführlich. Eine Miliz sei nicht etwa zu Angriffskämpfen, wohl aber zu Verteidigungszwecken nötig, während die Gegner, auch darunter sind Sozialisten (z. B. Curran, M. P.), meinen, daß die Kenntnis des Waffenhandwerkes auch der Wunsch nach dem Gebrauch der Waffen wachhalten und daher eine stete Gefahr des Friedens sei. Will Thorne, M. P., ist erstaunt, daß in dieser Frage unter Sozialisten eine Meinungsverschiedenheit überhaupt noch bestehen kann, nachdem durch die internationalen sozialistischen Kongresse, an denen auch die englischen Gruppen teilnahmen, das Prinzip der Miliz an Stelle der stehenden Heere angenommen wurde. Auch er wurde im Falle eines unberechtigten Angriffs bereit sein, das Land verteidigen zu helfen. Er wird am Weiterreden durch den Kongreß verhindert.

Der Vorsitzende Shakleton macht darauf aufmerksam, daß eine Stelle in der Resolution überflüssig ist, die sich gegen die Verwendung der Territorialarmee bei Arbeitskämpfen wendet, weil der Kriegsminister Haldane den Arbeiterabgeordneten die feste Zusicherung gegeben habe, daß dies nicht geschehen werde. Auch werde dies durch die kürzlich erlassenen Bestimmungen verhindert. Ben Tillet ruft dazwischen: „Haldane ist ein Lügner!" (Lebhafter Protest.) Auf die Aufforderung, diese Aeußerung zurückzunehmen, antwortet Tillet, er glaube, daß alle Minister Lügner seien. Er wird sofort am Weiterreden verhindert. Ein Antrag, den auf die Miliz bezüglichen Teil der Resolution zu streichen, wird mit 933 000 gegen 102 000 Stimmen bei etwa 600 000 Stimmenthaltungen angenommen, darauf auch der Rest der vorgeschlagenen Resolution, welche nun lautet:

„Dieser Gewerkschaftskongreß verurteilt auf das entschiedenste jede direkte oder indirekte obligatorische Einreihung der Arbeiterklasse in die Territorialarmee und verurteilt ferner die Reglements, die den Gebrauch dieser Armee zur Unterdrückung von Arbeitskämpfen gestatten."

Zahlreiche Beschwerden, z. B. der Möbelarbeiter, liegen vor, daß die Unternehmer jetzt mehr und mehr versuchen, den „militärischen Geist" nach preußischem Muster zu fördern, indem von den Angestellten verlangt wird, daß sie an den Uebungen der Territorialarmee, bei Strafe der Entlassung, teilzunehmen haben. Es ist dieses augenscheinlich eine Institution nach Art unserer sogenannten „Jugendwehr".

S. Gompers als Gast erhält das Wort und plädiert für die Freizügigkeit und die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen aller Länder. Man merkt es Gompers an, daß er sich in England, wenn auch noch nicht ganz wohl, so aber bedeutend wohler als in Deutschland fühlt.

Denn gerade jetzt durchlaufen amerikanische Berichte die deutsche Gewerkschaftspresse, die den Beweis erbringen, daß Gompers in vielfacher Beziehung alles andere nur nicht die Wahrheit gesprochen hat.

Unter ungeheurem Jubel und Beifall stellt sich Keir Hardie, der Vorsitzende der Arbeiterpartei, als Vertreter des „anderen großen Flügels der Arbeiterbewegung" vor. K. Hardie hält eine mit Begeisterung aufgenommene, im sozialistischen Sinne gehaltene politische Ansprache.

Der Kongreß forderte weiter die Einrichtung eines vollberechtigten Arbeitsministeriums, begrüßte die Schaffung der Altersrenten, die er durch Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 60 Jahre, Beseitigung des Ausschlusses der Bezieher von Armenunterstützung vom Bezugsrecht u. a. verbessert wissen will; erklärte sich einverstanden mit der Schaffung von Schiedsgerichten zur Bekämpfung des Schwitzsystems; verlangte das Verbot des Kost- und Logiswesens, der Konkurrenzklausel und der „Vertrauensfragnisse" im Handelsgewerbe; das Verbot der willkürlichen Vertreibung von Landarbeitern aus Gutswohnungen (Edwards, der Vertreter des Landarbeiterverbandes, der besonders freudig begrüßt wurde, hatte das Exemplar eines Sklavenvertrags, wie Gutsbesitzer sie abschließen, vorgelegt) und der Nötigung zur Räumung von Werkswohnungen während eines Lohnkampfes. Mit 753 000 gegen 712 000 Stimmen wurde der Regierungsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung als Gefährdung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit abgelehnt. Einstimmig trat der Kongreß für Wahlreform mit allgemeinem Männer- und Frauenwahlrecht ein und lehnte mit kleiner Mehrheit das Proportionalsystem ab. Einmütig wurde protestiert gegen das Verbot der sozialdemokratischen „Justice" gelegentlich des Zarenbesuchs und der Vorgänge in Indien, als ein „Stück russischen Despotismus". Mit 1 039 000 gegen 466 000 Stimmen protestierte der Kongreß gegen eigenmächtige Vereinbarungen der Regierung mit fremden Mächten und die Beziehungen zum blutbefleckten Zarismus.

Die Gründung einer großen Tageszeitung, die von den Londoner Buchdruckern beantragt war, wurde abgelehnt, da die vorgeschlagene Aufbringung der Mittel durch private Zeichnung von Anteilscheinen mißfiel. Warum man da nicht gleich die Errichtung des Betriebes auf gemeinsame Kosten beschloß, ist nicht ganz klar. Wenn die Rücksicht auf Gerichtsentscheidungen über die angebliche Unzulässigkeit der Verwendung von Gewerkschaftsmitteln zu solchen Zwecken im Wege stand, dann blieb eben nur das Mittel der Ausgabe von Einzelanteilscheinen. Lehnte man dies ab, dann war es doch angebracht, irgendein anderes Mittel zu versuchen, statt die Sache wieder hinauszuschieben. Tatsachen, die aus der letzten Zeit bekannt wurden, die Ablehnung eines vor Streikarbeit warnenden Inserats von allen, auch den [illegible] Blättern, die vollständige Uneinigkeit der englischen Gewerkschafter mit den Einzelheiten des großen Kampfes in Schweden u. a. machen eine eigene Tageszeitung zur dringenden Notwendigkeit. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die englischen Verbände Vermögen von mehr als 100 Millionen Mark liegen haben, daß in Schweden 16 Zeitungen sozusagen ohne Geld begründet worden sind. Aber das Wägen ist viel mehr die Sache englischer Gewerkschaftler als das Wagen.

Doch mehr und mehr wird auch dieser ebenso aus der geringeren Schärfe der politischen Unterdrückung wie aus der Ueberlieferung bereits geschwundener wirtschaftlicher Sonderstellung des Landes und nicht zuminderst aus dem noch immer bestehenden Mangel an theoretischer Schulung in den Reihen der Arbeiter hervorgehende Geistesrückstand überwunden. Noch immer ist die englische Gewerkschaftsorganisation, so sehr hinsichtlich der Organisationsform und mancher Zunftüberlieferungen vieles daran verrostet ist, im inneren Zusammenhang und in wirtschaftlicher Kraft eine schneidige Waffe der Arbeiter. Die Zeit ist nicht fern, wo das englische Proletariat, so sehr auch der oder jener Zug immer eigenartig und von den übrigen

Die Leistungen der zusammensetzenden Chemie.

Von M. H. Baege.

(Nachdruck verboten.)

Man ist von allen Seiten gern geneigt, die Dienste, welche die Chemie jetzt täglich den vielfältigen Bedürfnissen des Lebens leistet, mit Dank und Anerkennung hinzunehmen. Aber in demselben Augenblick, wo man sich zu einem neuen Dank gegen sie verpflichtet fühlt und wo man den Chemikern die verdiente Anerkennung zollt, ist man von einer gewissen Seite her nur zu oft beflissen, beides, Dank und Anerkennung, durch die höhnende Bemerkung wieder zurückzunehmen: „Aber ein lebendes Wesen kann der Chemiker doch nicht künstlich herstellen, über die Lebenskraft kann er also nicht gebieten!" Man hebt hervor, daß doch eine „unübersteigliche" Mauer aufgeführt sei zwischen den Erzeugnissen der chemischen Laboratorien und zwischen den Gebilden des Lebens.

Bescheidet sich nun auch die Chemie sehr gern, daß es ihr bis heute noch nicht möglich sei, aus den chemischen Grundstoffen oder Elementen auch nur ein einziges lebendes Infusionstierchen oder einen einzigen zarten Algenfaden künstlich zusammenzusetzen, so lehrt doch die Wissenschaft des Chemikers täglich mehr, daß zwischen den chemischen Kräften und der sogenannten Lebenskraft keine trennende Kluft bestehen könne, ja, die Lebenskraft verliert täglich mehr an ihrer Geltung als einer besonderen selbstherrlichen Gewalt, welche die chemischen Vorgänge im Organismenkörper beherrsche, sie wird mehr und mehr ein bloßes Wort, womit man einen immer blässer werdenden Begriff bezeichnet.

Gewöhnlich berufen sich diejenigen, welche neben den chemischen Kräften eine besondere Lebenskraft annehmen, vor allem auch auf Liebigs großen Namen, und doch ist es derselbe Liebig, welcher z. B. in seinen „Chemischen Briefen" sagt: „Es ist ganz unmöglich, die Meinungen derjenigen zu teilen, welche glauben, die Geheimnisse des Lebens durch die Annahme einer oder mehrerer Lebenskräfte erklären zu können." Freilich führt er dann an anderer Stelle desselben Buches neben Licht, Wärme, elektrischer, magnetischer und Schwerkraft, auch die Lebenskraft an. Dieser große Chemiker teilt eben die Unklarheit so vieler in der Beantwortung der Frage, ob eine Kraft außerhalb eines Stoffes denkbar sei. Denn, wenn Liebig von „dem Einfluß der Lebenskraft entzogenen Stoffen des lebendigen Körpers" (die alsdann den chemischen Kräften allein verfallen) spricht, so faßt er damit die Lebenskraft als etwas über den Stoffen des Körpers Schwebendes, in diese beliebig hinein und heraustretendes auf, also als eine vom Stoffe losgelöste Kraft. Fasse das, wer es kann!

Gestützt auf den jedenfalls vernünftigen Grundsatz: die Kräfte sind Eigenschaften der Stoffe, muß man sagen, daß die Kluft zwischen den Erzeugnissen des chemischen Laboratoriums und denen des lebendigen Körpers nicht vorhanden sein könne; denn hier wie dort sind Stoffe die Grundlage, in denen nach ewigen Gesetzen untrennbar mit ihnen verbundene Kräfte walten.

Die Kluft ist übrigens in einem Sinne von den Chemikern bereits übersprungen. Man nahm bis vor nicht langer Zeit an, daß gewisse Stoffe bloß von lebendigen Körpern, Tieren oder Pflanzen gebildet werden könnten, weil man sie nur in ihnen und von ihnen ausgeschieden fand. Die Chemie hatte es bis dahin nicht weiter gebracht, als bis zur Zusammensetzung solcher Körper, welche der unorganischen d. h. der unbelebten Welt angehörten. Weingeist z. B. unmittelbar aus den Grundstoffen Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff, aus denen er zusammengesetzt ist, zu bereiten, war noch nicht gelungen, sondern es bedurfte dazu gewissermaßen als vermittelnder Gehilfen der lebenden Pflanzen, welche den Stärkemehl liefern mußten, aus den man dann durch

Völkern abweichend sein wird, Schulter an Schulter mit der klassenbewußten Arbeiterschaft [illegible] mit der es heute schon in so vielem einig geht, auch den großen Kampf um die völlige Beseitigung des kapitalistischen Systems und die Herbeiführung einer genossenschaftlichen Produktionsweise mit klarem Bewußtsein und in allen Konsequenzen führen wird. Auch der verflossene Kongreß hat mehr als einen Schritt in dieser Richtung vollzogen. Es geht eben vorwärts auch in England und — wie man deutlich sieht — ist Deutschland das Vorbild.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1908.

III.

Auch über die Vereinigungen der Privatbeamten wird in dem Statistischen Jahrbuch berichtet. Es werden dort gezählt: 17 kaufmännische Verbände mit 498 218 Mitgliedern. Darunter befinden sich der Verein deutscher Kaufleute mit 18 173 Mitgliedern, der dem Verband der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angeschlossen ist und der Centralverband der Handlungsgehilfen mit 8804 Mitgliedern, sowie der Verband der Lagerhalter mit 2140 Mitgliedern, die der Generalkommission angeschlossen sind. Dann werden gezählt 16 Technikerverbände mit 111 079 Mitgliedern und 6 Verbände der Bureaubeamten mit 13 437 Mitgliedern. Hierunter befindet sich der Verband der Bureauangestellten mit 4782 Mitgliedern, der der Generalkommission angeschlossen ist.

Für 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten werden 19 054 und für 10 Verbände verschiedener Art 70 780 Mitglieder, insgesamt 54 Verbände der Privatangestellten mit 712 568 Mitgliedern, oder nach Abzug der den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen oder der Generalkommission angeschlossenen Organisationen 49 Verbände mit 678 669 Mitgliedern.

Das Statistische Jahrbuch bringt auch eine Uebersicht über die „Gelben Arbeiterverbände und Werkvereine". Obgleich diesen Organisationen jede Spur gewerkschaftlichen Charakters fehlt, weil sie geschaffen worden sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu behindern, wollen wir doch die Zahlen hier mitteilen, um zu zeigen, inwieweit es dem Unternehmertum gelungen ist, Arbeiter für diese Streikbrechervereine zu gewinnen. Das Statistische Jahrbuch weist aus: 8 örtliche gemischte Vereine mit [illegible] Mitgliedern, 7 Berufsvereine mit 15 645 und 69 Werkvereine mit 50 710 Mitgliedern, zusammen 79 Vereine mit 65 338 Mitgliedern. Diese Vereine sollen 1908 eine Jahreseinnahme von 347 784 Mk., eine Ausgabe von 268 871 Mark und am Jahresschluß ein Vermögen von 380 574 Mk. gehabt haben. Viele Unternehmer werden gehofft haben und die Gewerkschaften fürchteten, daß unter dem Druck der überaus ungünstigen Wirtschaftslage im Jahre 1908 viele Arbeiter sich entschließen würden, den gelben Vereinen beizutreten, um nicht arbeitslos zu werden. Diese Zahlen aber zeigen, daß die gelben Vereine, trotz der größten materiellen Aufwendungen der Unternehmer, ebenso wenig wie die christlichen Gewerkschaften es vermögen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu untergraben. Beide Organisationen werden ihren Gründern wenig Freude machen, denn beide haben sich nicht so entwickelt, wie man es erhoffte und haben den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften keinen Abbruch getan. Dazu kommt, daß die christlichen Gewerkschaften die Kampfesmethoden unserer gewerkschaftlichen Centralverbände anzunehmen genötigt wurden und daß sie sich, wie an anderer Stelle näher nachgewiesen wird, so entwickelt haben, daß sie heute unsere Centralverbände ermahnen, weniger Wert auf die Unterstützungseinrichtungen zu legen und den Gewerkschaften mehr den Charakter einer Kampfesorganisation zu geben.

Bei der Gesamtübersicht über die gewerkschaftliche Bewegung in Deutschland können nur die gewerkschaftlichen Centralverbände, die christlichen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und bedingungsweise die lokalen und unabhängigen Vereine in Berücksichtigung gezogen werden. Die Vereine der Privatangestellten werden nach ihrem jetzigen Charakter als Gewerkschaften nicht angesehen werden können, weil sie allgemein und besonders die Vereinigungen der Handlungsgehilfen und der Bureauangestellten mehr als Standesvereine anzusehen sind. Soweit sie als Gewerkschaften gelten wollen und gewerkschaftliche Kampfesmethoden zur Erreichung ihres Zweckes anwenden, sind sie eine der genannten drei Organisationsgruppen angeschlossen. Die Centralverbände hatten 1908 (in Parenthese die Ziffern für 1907): 1 831 731 (1 865 506), die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 105 633 (108 889), die christlichen Gewerkschaften 264 519 (274 323), die unabhängigen christlichen Gewerkschaften 80 437 (80 437), die lokalen und unabhängigen gewerkschaftlichen Vereinigungen 100 081 (117 325), zusammen 2 382 401 (2 446 480) Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Bei sämtlichen Organisationsgruppen ist somit im Jahre 1908 ein Rückgang im Mitgliederbestand eingetreten, und zwar bei den Centralverbänden von 33 775, den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen von 3256, den christlichen Gewerkschaften von 9804 und den unabhängigen und lokalen Vereinigungen von 17 244, zusammen von 64 079 Mitgliedern. Für die unabhängigen christlichen Gewerkschaften lagen für 1908 keine Angaben vor und sind die Mitgliederzahlen von 1907 angegeben. An Jahreseinnahmen hatten: die Centralverbände 48 544 396 Mk., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 2 604 893 Mk. (davon entfallen jedoch, wie bereits angegeben, nur 1 516 174 Mark auf die Gewerkvereinskassen, der Rest entfällt auf selbständige Kranken- und Begräbniskassen), die christlichen Gewerkschaften 4 394 745 Mk., zusammen 55 634 034 Mk. Ausgaben hatten: die Centralverbände 42 057 516 Mk., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 2 350 727 Mk. (für die Gewerkvereinskassen davon nur 1 429 198 Mk.), die christlichen Gewerkschaften 3 556 224 Mk., zusammen 47 964 467 Mark. Der Vermögensbestand betrug bei den Centralverbänden 40 839 791 Mk., den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 4 210 413 Mk. (davon in den Gewerkvereinshauptkassen 1 620 273 Mk.), den christlichen Gewerkschaften 4 513 409 Mk., zusammen 49 563 613 Mk.

Weder in bezug auf den Mitgliederbestand noch in den Leistungen der drei Organisationsgruppen ist im letzten Jahre eine Aenderung des bisherigen Verhältnisses eingetreten. Es bleibt, wie nicht anders zu erwarten, die Tatsache bestehen, daß die Centralverbände als die gewerkschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse angesehen werden müssen, neben der die anderen beiden Organisationsgruppen hinsichtlich der Mitgliederzahl, als auch der finanziellen Leistungsfähigkeit keine große Rolle spielen. Diese Leistungsfähigkeit der Centralverbände übertrifft die der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und der christlichen Gewerkschaften aber nicht nur in den absoluten Zahlen, sondern auch bei der Berechnung der Aufwendungen für gewerkschaftliche Zwecke pro Kopf der Mitglieder, wie nachfolgende Aufstellungen zeigen. Es verausgabten 1908 für

Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:

	Organisationen	Mitglieder Zahl	Mk.	pro Kopf Mk.
Centralverbände	60	1 831 731	39 049 767	10,92
H.-D. Gewerkvereine	50	105 633	406 318	3,85
Christl. Gewerkschaften	22	264 519	976 204	3,69
Streiks und Maßregelungen:				
Centralverbände	60	1 831 731	6 259 092	3,42
H.-D. Gewerkvereine	50	105 633	130 346	1,23
Christl. Gewerkschaften	22	264 519	424 982	1,61
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:				
Centralverbände	57	1 797 100	9 918 741	5,19
H.-D. Gewerkvereine	15	101 087	306 366	3,01
Christl. Gewerkschaften	14	192 443	134 453	0,70
Arbeitslosenunterstützung:				
Centralverbände	43	1 314 243	8 134 388	6,19
H.-D. Gewerkvereine	15	101 817	288 068	2,83
Christl. Gewerkschaften	14	192 113	134 453	0,70

Bei Beurteilung dieser Zahlen muß man berücksichtigen, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine jahrzehntelang den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften den Vorwurf machen, daß sie Kampfesorganisationen seien, während sie, die Gewerkvereine, in erster Linie dafür sorgen, den Mitgliedern in persönlicher Notlage Hilfe in Form von Unterstützungen zu gewähren. Mit dem gleichen Feldgeschrei traten die christlichen Gewerkschaften auf den Kampfplatz, nicht um gegen das Unternehmertum, sondern gegen ihre in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden organisierten Arbeitsgenossen zu kämpfen. Es war für die Centralverbände allerdings nicht möglich, während der Zeit des Sozialistengesetzes und auch viele Jahre nach Fall des Gesetzes unter der Polizeiwillkür ihre Aufgaben voll zu erfüllen. Kaum aber bot sich ihnen die Möglichkeit ruhiger Entwickelung, so ließen sie die anderen beiden Organisationsgruppen auch auf dem Gebiet der Unterstützungseinrichtungen weit hinter sich. Der in den letzten Jahren in der Gewerkschaftsstatistik hierfür erbrachte Nachweis, schmerzte die Leitungen der anderen beiden Organisationsgruppen aufs tiefste. Wurde ihnen doch dadurch der wichtigste Stoff für ihre Agitation gegen die gewerkschaftlichen Centralverbände entzogen. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine glaubten, die unliebsame Situation durch ein statistisches Manöver für sich günstig gestalten zu können. Sie stellten die Einnahmen und Ausgaben der mit ihnen in Verbindung stehenden freien Hilfskassen als Einnahmen und Ausgaben der Gewerkvereine in ihre Statistik ein. Sie müssen sich aber schon damit abfinden, daß die Arbeiterschaft in Deutschland geistig zu weit vorgeschritten ist, um sich durch eine solche Schiebung täuschen zu lassen. Die christlichen Gewerkschaftsführer, wandlungsfähig, wie es Centrumschristen geziemt, wenn der Zweck erreicht werden soll, kommen zu der gegenteiligen Auffassung über den Zweck der Gewerkschaftsbewegung, als sie bei Einsetzen der christlichen Gewerkschaftstätigkeit vertreten wurde. In dem Bericht über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 lesen wir, nachdem den gläubigen christlichen Gewerkschaftsmitgliedern vorgeschwindelt ist, daß die gewerkschaftlichen Centralverbände sich mit Hilfe hoher Lokalbeiträge hohe Durchschnittssätze an Unterstützungen pro Kopf der Mitglieder berechnen, folgende Sätze: „Zudem müssen mit dieser bloßen mammonistischen Agitation geradezu die ideellen Triebkräfte in der Gewerkschaftsbewegung erstickt werden. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung kann auf die Dauer wohl kaum mit dieser Art Agitation geschadet werden." Und weiter: „Und mit einem Nickel an höheren Unterstützungen kann für-

---

chemische Umwandlungsprozesse Weingeist herstellen konnte.

Es ist heute nicht nur möglich, Weingeist, sondern auch noch viele andere sogenannte organische Verbindungen, von denen man früher annahm, daß sie nur von oder in Pflanzen und Tieren mit Hilfe der Lebenskraft sich bilden könnten, aus ihren chemischen Grundbestandteilen direkt zusammenzusetzen, also etwas zu bilden, von dem die Fatalisten — so nennt man die an eine Lebenskraft Glaubenden — annahmen, daß es ohne Mitwirkung der Lebenskraft überhaupt nicht darstellbar sei.

Es würde zu weit führen und ohne chemische Vorkenntnisse auch unverständlich sein, wenn ich hier die chemische Bereitungsweise solcher Stoffe beschreiben wollte, ich beschränke mich daher auf die Aufzählung einiger derselben.

Schon im Jahre 1828 geschah der erste Schritt auf dieser neuen Bahn der synthetischen d. h. zusammensetzenden Chemie, indem Wöhler den Harnstoff künstlich zusammensetzte, den man bis dahin bloß als ein Erzeugnis der sogenannten Lebenskraft im tierischen Körper angesehen hatte. Es dauerte aber lange, ehe diesem der zweite Schritt folgte, nachdem aber einmal dieser gefolgt war, schlossen sich zahlreichere weitere an. Im Jahre 1856 ließ der berühmte französische Chemiker Berthelot die künstliche Darstellung der Ameisensäure folgen, jene bekannte von den Ameisen bereitete Säure. Weder Ameisen noch Brennesseln, deren brennender Stoff ebenfalls Ameisensäure ist, wären imstande gewesen, den nötigen Vorrat davon zur künstlichen Kognakbereitung zu liefern, wenn nicht bereits vor Berthelot der deutsche Chemiker Döbereiner ihre Bereitung aus Zucker und Stärkemehl, also noch nicht aus den einfachen chemischen Stoffen — welches eben erst Berthelot ausführte — gelehrt hätte.

Der Ameisensäure folgte dann im Laufe der folgenden Jahrzehnte die künstliche Zusammensetzung des Weingeistes, der Kleesäure, die vom Sauerampfer und Sauerklee her uns bekannt ist, des Ammoniak, des Chan und anderer noch viel komplizierter gebauter organischer Körper.

Die Chemie gelangte zu diesen glänzenden Ergebnissen nicht auf dem geraden und kurzen Wege der einfachen Zusammenfügung der erforderlichen Elemente in den erforderlichen Mengenverhältnissen, sondern auf langen und verwickelten Umwegen. Aber auch die Wege, welche die Chemie des Lebens bei der Bereitung dieser Stoffe im tierischen oder pflanzlichen Körper geht, sind ohne Zweifel nicht minder lang und nicht minder verwickelt.

Es genügt, um die künstliche Zusammensetzung der organischen Verbindungen zu begreifen und in diesen und in den Erzeugnissen des lebendigen Tier- oder Pflanzenleibes ein- und dasselbe zu erblicken, sich daran zu erinnern, daß die vier sogenannten organischen Elemente: Sauerstoff, Wasserstoff, Kohlenstoff und Stickstoff einen unendlichen Spielraum ihrer Verbindbarkeit haben und daß die geringste Abänderung in ihrem prozentualen Zusammentreten immer eine andere Verbindung, d. h. einen anders beschaffenen Stoff gibt, ja, daß dieselben Mengen dieser Elemente die verschiedensten Stoffe bilden. Rohrzucker, Holz, Gummi und Stärkemehl bestehen alle aus denselben Mengen von Kohlenstoff, Sauerstoff und Wasserstoff. Ihr innerer chemischer Unterschied kann also nur darauf beruhen, daß die Atome dieser drei Elemente in ihnen in verschiedener Anordnung mit einander verbunden sind. Daß dem so ist, scheint daraus hervorzugehen, daß die lebende Pflanze jene Stoffe, z. B. Stärkemehl in Gummi und diesen in Zucker (oder umgekehrt) sehr leicht umwandeln kann, wie z. B. in den reifenden Erbsen der Zucker in Stärkemehl und in der keimenden Gerste das Stärkemehl in Zucker umgewandelt wird. Letzteres kann aber auch der Chemiker in seinem Laboratorium bewerkstelligen. Wo bleibt da die Kluft zwischen chemischen Kräften und einer sogenannten Lebenskraft, ja, wo bleibt diese dann selbst?

mahr nicht die Axt an die Wurzel der christlichen Gewerkschaften gelegt, wohl aber ganz bedenklich gegen die Gewerkschaftsaufgaben und die ureigensten Interessen der Arbeiter gesündigt werden. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der sich als die stärkste Arbeiterorganisation der Welt ausspielt, mußte in den letzten Jahren fast allen größeren Kämpfen ausweichen, weil leere Kassen bei ihm ein ständiges Kapitel bilden. Man braucht den Streik nicht als Allheilmittel anzusehen und wird trotzdem an der Tatsache nicht vorbeikommen, daß um die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und um die Anerkennung des Persönlichkeitswertes des Arbeiters wohl kein Gewerbe noch in solch schwere Kämpfe verwickelt werden wird, als die deutsche Metallindustrie. Und womit sollen diese ausgetragen werden? Mit radikalen Phrasen ist den Industriekönigen in der deutschen Metallindustrie nicht zu imponieren. Hier müssen, neben der Gesetzgebung, Massenorganisationen der Metallarbeiter mit eiserner Selbstzucht, straffer Disziplin und gefüllten Organisationskassen ergänzend einsetzen."

Den Deutschen Metallarbeiterverband, der 1908 bei 380 093 Mitglieder eine Einnahme von 33,40 Mk. (davon 27,81 Mk. an Verbandsbeiträgen) und einen Vermögensbestand von 16,34 Mk. pro Kopf der Mitglieder hatte, brauchen wir gegen diese Angriffe wohl nicht zu verteidigen, denn wir schreiben nicht für „Gläubige", sondern für Leute, die in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Offenbar hat der christliche Metallarbeiterverband mit seinen 26 427 Mitgliedern, einer Einnahme von 25,50 Mk. und einem Kassenbestand von 27 Mk. pro Kopf der Mitglieder die Aufgaben erfüllt, die der Sekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den Gewerkschaftsorganisationen nunmehr zugewiesen wissen will. Dafür einen Nachweis zu erbringen, hütet sich der christliche Gewerkschaftsstatistiker, denn das Gegenteil müßte erwiesen werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband verausgabte im Jahre 1908 an Unterstützung für Streiks und Gemaßregelte 4,01 Mk. pro Kopf der Mitglieder, d. h. fast dreimal soviel wie der christliche Verband, der hierfür nur 1,45 Mk. pro Kopf der Mitglieder ausgab.

Doch, das ist bei Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nicht das Entscheidende, sondern die Wandlung, die sich bei diesen Organisationen vollzogen hat, verdient besondere Beachtung. Dieselben Organisationen, deren Leiter heute gegen die Unterstützungseinrichtungen polemisieren und zum Kampf aufrufen, wollten bei ihrer Gründung von diesem nichts wissen. Die erste christliche Gewerkschaft, der am 28. Oktober 1894 gegründete Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, beschloß als Mittel zur Erreichung seines Zweckes, nur anzuerkennen: „Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Lohnfragen und bei berechtigten Wünschen und Beschwerden, Eingaben und Petitionen an die Werkleitungen, Bergbehörden, Regierung, Parlamente, belehrende und bildende Vorträge auf dem Gebiete der Berggesetzgebung, des Bergbaues und der Bestrebungen der Bergarbeiter in anderen Revieren und Ländern." Von Kampf mit den Unternehmern war keine Rede, es wurde im Gegenteil ohne Widerspruch erklärt, daß der Gewerkverein keine Kampfesorganisation sein dürfe. Auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften (Mainz 1899) hatte man sich bereits soweit entwickelt, die Notwendigkeit der Arbeitseinstellung nicht völlig zu verleugnen. In den Leitsätzen, die dort beschlossen wurden, heißt es bezüglich der Taktik der Gewerkschaften: „Es ist nicht zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben; darauf beruhend, daß beide Teile nicht allein als zusammenhängende Faktoren der Arbeit, der letzteren Rechte auf angemessene Entlohnung gegenüber dem Kapital, sondern vor allem die Interessen der Erzeugung von Gütern gegenüber dem Verbrauch derselben zu vertreten haben. Beide Teile beanspruchen mit Recht eine größtmöglichste Verzinsung ihres in der Erzeugung von Gütern enthaltenen Kapitals: der Unternehmer seines Kapitals und der Arbeiter seiner Arbeitskraft. Ohne beides, Kapital und Arbeitskraft, keine Produktion. Darum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von versöhnlichem Geiste durchweht und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber fest und entschieden vertreten werden. Der Ausstand darf nur als letztes Mittel und, wenn Erfolg verheißend, angewandt werden." Welch eine friedliche Stimmung 1899 und nun nach einem Jahrzehnt der Kampfesruf, der Vorwurf gegenüber den Centralverbänden, daß sie nicht genügend für den Kampf rüsten. So ändern harte ökonomische Tatsachen die Ansichten und die Wandlungen der „Christlichen" werden damit ihren Abschluß noch nicht gefunden haben. Es ist das eingetreten, was wir bei dem ersten Auftauchen der christlichen Gewerkschaftsbewegung sagten: Macht man erst den Arbeiter mit der gewerkschaftlichen Bewegung vertraut, so wird er auch bald lernen, den richtigen Gebrauch von ihr zu machen. Der Fortschritt, welchen in den letzten Jahren die Unternehmerorganisationen aufweisen, zwingt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wohl oder übel zur Kampfesstellung, denn nur nach harten Kämpfen erfolgt die Anerkennung der Gewerkschaften und die Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Abschluß von Tarifverträgen.

Ueber die **Arbeitgeberorganisationen** lassen sich nach den im Statistischen Jahrbuch veröffentlichten Erhebungen des Statistischen Amtes einige Angaben machen. Auch diese Organisationen wären bei einer Darstellung der gewerkschaftlichen Bewegung nicht zu berücksichtigen, wenn es sich nicht darum handelte, zu zeigen, wieweit die Unternehmervereinigungen, welche den Kampf gegen die Gewerkschaften führen, sich entwickelt haben. Es werden gezählt 2 Centralen (Verein deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, mit 32 500 Mitgliedern, und 1 450 000 bei diesen beschäftigten Arbeitern, und Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, mit 6144 Mitgliedern und 988 142 bei diesen beschäftigten Arbeitern) mit 38 644 Mitgliedern und 2 438 142 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Dann 46 sonstige Reichsverbände mit 144 400 Mitgliedern und 3 124 866 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Es folgen 27 Arbeitgebervereine, die anderen Verbänden angeschlossen sind, dann 37 berufliche Landes- und Bezirksverbände mit 13 894 Mitgliedern und 483 595 bei diesen beschäftigten Arbeitern, 40 berufliche Ortsverbände mit 1510 Mitgliedern und 40 218 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Dann wird noch über gemischte Landes- und Bezirksverbände und gemischte Ortsverbände berichtet, doch werden diese bei der Schlußzusammenstellung nicht mit einberechnet. Diese zählt nur die anderen Verbänden nichtangeschlossenen beruflichen Reichsverbände, Landes-, Bezirks- und Ortsverbände, zusammen 118 mit 159 304 Mitgliedern und 3 648 679 bei diesen beschäftigten Arbeitern. Jedenfalls sind hierzu die beiden Centralstellen mit 22 angeschlossenen Reichsverbänden, 27 Landes- und Bezirks- und 36 Ortsverbänden, die zusammen 38 644 Mitglieder haben, bei denen 2 438 142 Arbeiter beschäftigt sind, hinzuzuzählen, so daß mit 203 Unternehmervereinigungen zu rechnen wäre, denen 197 948 Mitglieder angehören, die 6 086 821 Arbeiter beschäftigen. Ob es richtig ist, die den Centralstellen angeschlossenen Vereine mit den anderen genannten Vereinigungen zu summieren, läßt sich nicht sagen. Möglicherweise ergibt diese Summierung Doppelzählungen, und ist wohl aus diesem Grunde die Gesamtzusammenstellung im Statistischen Jahrbuch unterblieben. Diese Zahlen werden, auch wenn sie in ihrem Endergebnis zu hoch sein sollten, der Arbeiterschaft Deutschlands zeigen, welche Macht den Gewerkschaften in den Unternehmervereinigungen gegenübersteht. Diese aber sind klug genug, ihre Kräfte nicht in christlichen, liberalen oder sozialdemokratischen Vereinen zu zersplittern, sondern in ihnen ist der Christ mit dem Atheisten und den Juden oder Heiden sich darin einig, daß die aufwärtsstrebende Arbeiterklasse niedergehalten werden muß. In der Arbeiterschaft aber finden sich immer wieder Elemente, die es für zweckdienlich halten, die Arbeiter nach ihrem religiösen oder politischen Bekenntnis auseinanderzuorganisieren und Massen der deutschen Arbeiter mangelt es an der Erkenntnis, daß ein solches Beginnen nur den Interessen der Unternehmer dient und die Arbeiterklasse auf das Tiefste schädigen muß. Da die Arbeiter aber nicht aus eigenem Antriebe, sondern beeinflußt durch außerhalb ihrer Reihen Stehende zu dieser Trennung gekommen sind und dieser Einfluß andauert, so wird auch seitens der Centralverbände in der gleichen Weise wie bisher weiter gearbeitet werden müssen. Hat auch das Jahr 1908, wie von vornherein zu erwarten stand, uns keinen Fortschritt in der äußeren Entwicklung der Centralverbände gebracht, so ist in der harten Zeit der Krise doch ihre innere Festigung fortgeschritten. Die Kraftprobe, welche unsere Verbände in den letzten beiden Jahren zu bestehen hatten und die sie gut überstanden haben, gibt uns die Zuversicht, daß sie in den nächsten Jahren sich immer mehr zu einer Schutzwehr und zu einem Hort für die Arbeiterklasse entwickeln werden.

C. Legien.

Fern im Westen.

Eine Agitationsplauderei von H. W.

I.

Mit hochgespannten Erwartungen verließ ich am 16. September Berlin, um im Auftrage des Zentralvorstandes unter den Kollegen Rheinlands und Westfalens zu agitieren, neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen und die alten zur regen Mitarbeit zu animieren.

Meine Agitationstour nahm selbigen Tages durch eine Versammlung in

Bielefeld,

im Lokal von Judienel, ihren Anfang. Trotz ihres industriellen Charakters macht die Stadt, die am Fuße des Teutoburger Waldes liegt, einen vornehmen Eindruck. Mit Ausnahme der belebten Geschäftsstraßen, werden die meist nur zwei Stock hohen Häuser von Vorgärten umgeben. Viele gärtnerische Anlagen schmücken die Stadt, welche wohl dazu beitragen, daß Bielefeld, mit seinen 75 000 Einwohnern, zu den gesundheitlich besten Städten Deutschlands statistisch vermerkt ist. Als Hauptindustriezweige kommen Nähmaschinen, Fahrräder, Wäsche-, Leinen- und Seidenwebereien in Betracht. Lobenswert ist das rege Organisationsleben der Arbeiterschaft hervorzuheben. Von den 18 000 in der Industrie Tätigen sind zirka 13 000 gewerkschaftlich organisiert, davon allein 7000 Metall- und 1000 Holzarbeiter. Die übrigen 5000 verteilen sich auf 22 andere Gewerbe. Die Metallarbeiter besitzen ein eigenes, schön eingerichtetes Verbandshaus. Die Konsumgenossenschaft zählt 10 000 Mitglieder, und ist in der Lage, 12 Proz. Dividende zu verteilen. Ein Beweis, daß die Treue zur Konsumgenossenschaft, durch rege Warenabnahme betätigt, belohnt wird. Auch auf politischem Gebiet steht die Bielefelder Arbeiterschaft an hervorragender Stelle. Im Reichstag ist die Stadt durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Severing vertreten. Die dritte Abteilung ist mit 15 Stadtverordneten ganz in Händen der Sozialdemokratie. Für Belehrung und Unterhaltung sorgt die „Freie Volksbühne", die der Berliner nachgebildet ist. Der Besuch des Stadttheaters, das vorzüglich geleitet wird, ist dem Arbeiter schon von 30 Pf. an ermöglicht. Es ist nun ganz selbstverständlich, daß solche rege Betätigung im Sinne der modernen Arbeiterbewegung nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterschaft selbst geblieben ist. Wie mir versichert wurde, verfügen die meisten Arbeiter über eine Vierzimmerwohnung mit Garten, welche 180—240 Mark jährlich an Zins kostet. Alles in allem liefert die Arbeiterschaft Bielefelds den klarsten Beweis, was durch gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Arbeit erreicht werden kann.

Sattlerei und Lederwarenindustrie nehmen keinen großen Raum in der Stadt ein. Es kommen in Betracht für: Geschirrbranche ein Geschäft mit drei Arbeitern, Wagenbranche 2 Geschäfte mit zehn Arbeitern, Treibriemenbranche ein Geschäft mit 5 Arbeitern, Militärsattelbranche ein Geschäft mit 8 Arbeitern, Reiseartikelbranche 2 Geschäfte mit 73 männlichen und 27 weiblichen Arbeitern, wovon 24 als Heimarbeiterinnen auf Rucksäcke tätig sind, und 2 Fahrradfabriken mit 40 Berufskollegen. Das Organisationsverhältnis ist äußerst günstig. Von den 139 Sattlern und 27 Arbeiterinnen gehören 139 dem Verbande an. Zu organisieren sind nur noch die Heimarbeiterinnen. Die Löhne schwanken zwischen 45 und 60 Pf. pro Stunde. Soweit die Reiseartikelbranche in Betracht kommt, dürften nur wenige unter 60 Pf. pro Stunde verdienen. — Die Versammlung war von 72 Kollegen besucht, welche das Referat ohne Diskussion und mit großem Interesse entgegennahmen. Ebenso wurde die vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Der Vorsitzende gab dann noch seiner Freude Ausdruck, daß der Zentralvorstand die jetzige Situation durch eine durchgreifende Agitation auszunützen sucht und erhofft den besten Erfolg. Allerdings war an Neuaufnahmen aus oben angeführten und guten Gründen nicht viel zu holen. Nur eine Aufnahme wurde erzielt. Die Bielefelder Arbeiterschaft im allgemeinen und unsere Kollegen im besonderen haben zurzeit dem Bier- und Schnapsgenuß entsagt. In der Versammlung wurde nicht ein Tropfen alkoholartiger Getränke verzehrt. Alle hatten ihren „Quatsch", so nennen sie die Limonade, vor sich. Die Konsumgenossenschaft, die jährlich 4000 Hektoliter Bier umsetzte, hat den Verkauf dieses Handelsartikels schon seit drei Wochen eingestellt. Den Vormittag des 17. September benutzte ich, um die Stadt selbst in Augenschein zu nehmen. Mein erster Besuch galt der wunderschön angelegten „Spanggenburg", von wo aus man einen herrlichen Rundblick über die Stadt genießt. Dann wanderte ich durch die bekannten Bodelschwinghschen Anstalten, die einen wohltuenden Anblick gewähren. Allerdings bleibt es den Uneingeweihten verborgen, was sich hinter den Mauern der einzelnen Anstaltsgebäude, deren jedes einen alttestamentarischen Namen führt, abspielt. Eine Waldkirche, d. h. eine Anzahl Holzbänke im Halbkreise um eine Kanzel mitten im Walde gruppiert, erregte meine besondere Aufmerksamkeit. Zum Schlusse besichtigte ich die Koffer- und Reiseartikelfabrik der Firma C. Lohmann, unter dankenswerter Leitung des Meisters Herrn Bolz. Als Spezialität werden hier Filmplattenkoffer, bevorzugt durch ihre Stabilität und Leichtigkeit, hergestellt. Die Arbeiter, 56 an der Zahl, gehören durchweg unserem Verbande an. Aus der Lohnliste habe ich mich überzeugt, daß der niedrigste Stundenlohn 49 Pf. beträgt. Den verdienen jedoch nur einzelne, die meisten 60 Pf. und darüber. Die

Arbeitsverhältnisse sind durch einen Tarifvertrag geregelt, und versicherten mir die Kollegen, daß sie durch die Organisation zufriedenstellend gestaltet sind. Bemerkenswert ist noch, daß in diesem Betriebe der 1. Mai alljährlich durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wird, wofür der 2. Mai mit derselben Regelmäßigkeit, auf Befehl des Bielefelder Fabrikantenvereins, als Tag der Aussperrung gilt. Am 3. Mai wird dann die Arbeit in gewohnter Weise, als sei nichts vorgekommen, wieder aufgenommen. — Mit den besten Eindrücken von Bielefeld und unseren Kollegen fuhr ich dann am Nachmittag nach

Hagen.

Die Eisenbahn durchsauste grüne Wiesen, fruchtbare Felder und herrliche Waldungen. Hinter uns zeichneten sich die sanften Konturen des Teutoburger Waldes am Horizont ab. Wie die Sage berichtet, wurden hier die Römer von den Germanen unter Führung Hermanns derart aufs Haupt geschlagen, daß der römische Kaiser verzweifelnd ausrief: Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder! Also nicht so, wie meine Offenbacher Freunde mir weiszumachen suchten, es heißt: Posen, Posen, gib mir meine Separationen wieder! Hoffentlich wird mir diese Geschichtsbelehrung nicht übel genommen. — Vorbeifahrende, mit Kohlen beladene Güterzüge, ungezählte himmelragende Schlote zeigten an, daß wir uns dem westfälischen Industriegebiet nähern. Kurz vor Hagen zieht sich das Ardeygebirge, mit der in letzter Zeit vielgenannten Hohensyburg, hin. Es war schon fast dunkel, als ich den Bahnhof verließ, um mich nach dem Versammlungslokal, bei Schürhoff, zu begeben. Ich wartete und wartete, sah, wie hier die Arbeiter wohl das Bier boykottierten, aber desto mehr Schnaps, aus mir unbegreiflich großen Gläsern, tranken. Unter diesem Zustand leidet hier die ganze Arbeiterbewegung. Es soll nicht selten sein, daß Arbeiter wöchentlich 7—8 Mk. für Korn an ihren Buliker zahlen. Hier wurde mir erst die Bedeutung des Leipziger Parteitagsbeschlusses klar. Auch die Anwesenden sprachen darüber, und einige meinten, sie seien noch nicht so schlechtgestellt wie ihre östlichen Brüder, denn sie hätten es noch nicht nötig, den Schnapsgenuß um ½ Liter täglich einzuschränken. Endlich gegen 9 Uhr kam unser Vertrauensmann. Um ½10 Uhr zählte ich die Häupter meiner Lieben, es waren nicht sechs, auch nicht sieben, sondern nur vier, die den 80 Einladungen gefolgt sind. Unter diesen Umständen konnte von einer Versammlung nicht die Rede sein. Eingehend wurde die Situation besprochen und verpflichtete sich ein Kollege, Sonntag in [illegible] in Gevelsberg eine Hausagitation vorzunehmen. Hoffentlich zeitigt dies einen besseren Erfolg. Die Anwesenden gaben mir noch den Wunsch mit auf den Weg, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, daß in Hagen Reiseunterstützung zur Auszahlung gelangt. Wie notwendig es ist, hier organisatorisch einzugreifen, möge der Zustand beweisen, daß es hier noch Sattlergesellen gibt, die Kost und Logis beim Meister haben und nur 6 Mark in Raten die Woche an Geldlohn erhalten. Das Lehrlingswesen steht in höchster Blüte. Bei 13 Krautern der Geschirrbranche sind 16 Gehilfen und 24 Lehrlinge beschäftigt. Außerdem befinden sich noch drei Geschäfte der Wagenbranche mit 2 Gesellen, 2 „Treibriemenfabriken" mit 2 Gesellen, eine Reiseartikelfabrik (!) mit 1 Gesellen und zwei für Sportartikel mit 11 Arbeitern am Orte. Davon sind 6 bei uns und 5 bei den Hirsch-Dunckern organisiert. In Haspe sind 7 Geschäfte mit 20 Arbeitern, von denen 2 Mitglieder unseres Verbandes sind. Der Wochenlohn beträgt bei 10½stündiger Arbeitszeit durchschnittlich 21 Mk. Aber nicht nur bei unseren Kollegen liegen die Arbeits- und Organisationsverhältnisse so darnieder. In Hagen sind von den 85 000 Einwohnern 30 000 industrielle Arbeiter. Die Kleineisenindustrie und Akkumulatorenfabriken beschäftigen mehr als 20 000 Metallarbeiter, von denen höchstens 2000 frei organisiert sind. Dem Gewerkschaftskartell sind 3500 Mitglieder angeschlossen. Außerdem kommen noch 17—1800 Hirsch-Duncker und 12—1400 Christliche hinzu. Im Reichstag ist die Arbeiterstadt Hagen durch den freisinnigen Oberbürgermeister Cuno vertreten. Im Stadthaus sitzen von 12 Mitgliedern der dritten Abteilung nur 3 Sozialdemokraten. Der Konsumverein zählt 2648 Mitglieder. Im letzten Jahr ist der Umsatz infolge der Krise, wie der Bericht sagt, um zirka 17 000 Mk. zurückgegangen, trotzdem die Mitgliederzahl um 300 zugenommen hat. Die Lebensmittelpreise stehen denen Berlins nicht viel nach. In ausgesprochenen, allen Komfort entbehrenden Arbeiterwohnungen wird der Mietspreis nicht unter 100 Mk. Miete pro Zimmer und Jahr berechnet. Im Interesse der Arbeiterschaft wünsche ich, daß hier recht bald eingegriffen wird. Weder Arbeit noch Geld gescheut wird, um hier den von uns ersehnten Zustand herbeizuführen.

Mit den gemischtesten Gefühlen verließ ich Hagen. Den Neuling interessiert die sich an der Bahn fast ohne Unterbrechung aneinander reihenden Eisenwerke und chemischen Giftbuden. Die ganze Gegend macht den Eindruck einer großen Fabrikstadt. Rauch und Dampf hüllen die Anhöhen des fruchtbaren Sauerlandes in einen düstergrauen Dunstkreis. Gegen Mittag traf ich in

Elberfeld

ein. Unserem Adressenverzeichnis gemäß begab ich mich zur Reitbahn, suchte dort die Nummer 6, woselbst das „Volkshaus" sich befinden sollte. Die Reitbahn sah ich wohl, auch Pferdeställe, aber kein Arbeiterheim. Einige des Wegs kommende Arbeiter fragte ich danach, die sagten mir, das Volkshaus befinde sich in der eine Viertelstunde entfernten Reitbahnstraße Nr. 6. Pflichtschuldigst sei dies hier vermerkt. Das Volkshaus ist sehr schön eingerichtet, nur soll es finanziell nicht gut stehen. Die Arbeiterzeitung „Freie Presse" ist im Besitze eines eigenen, zweckmäßigen Druckereigebäudes, verbunden mit Redaktion und Buchhandlung. Die 168 000 Einwohner zählende Stadt ist mit Barmen (156 000 Einwohner) eng verwachsen. Ausschlaggebend ist die Textilindustrie, die den größten Teil der zirka 130 000 Personen zählenden Arbeiterschaft absorbiert, von denen nur 13 000 frei organisiert sein sollen. Hirsch-Duncker kommen nur für die Holzarbeiter, und Christliche fast gar nicht in Frage. Genaue Zahlen konnte ich nicht ermitteln. In beiden Städten sind 70 Geschäfte der Geschirrbranche mit zirka 100, drei der Wagenbranche mit 4, sechs der Treibriemenbranche mit 30 Arbeitern, fünf Militäreffektenfabriken mit 121 Werkstattarbeitern, 2 Arbeiterinnen und 30—40 Sackreißern. In den Reiseartikelfabriken werden 50 männliche und 4 weibliche Kollegen beschäftigt. In 2 Werkstätten arbeiten 9 Gesellen und 2 Mädchen auf Schultornister, davon in einer Bude drei männliche und zwei weibliche Zuschneider, die für 90 Gefängnisinsassen vorbereiten müssen. Außerdem sind noch zwei Hosenträgerfabriken vorhanden, deren Arbeiter dem Verbande vollständig fernstehen. Von den 364 organisationsfähigen Berufsgenossen sind 95 in unserem, 2 im christlichen und 1 im Hirsch-Dunckerschen Verband. Die Versammlung bei Sauerzopf war von 65 Mitgliedern besucht. Nach Erledigung des Referats und Annahme der Resolution wurde ein Antrag angenommen, einen ausführlichen Bericht darüber in der „Freien Presse" zu bringen. Der zweite Punkt behandelte Internas aus der Militärbranche, wobei bitter über die Uneinigkeit der Kollegen Beschwerde geführt wurde. Die Unternehmer sind einig im Ring verbrüdert, sehen Kollegen, die sich erlauben, bei Festsetzung der Akkordlöhne ein Wort drein zu reden, einfach auf die Straße und verbieten dessen Einstellung, die Arbeiter dagegen machen sowohl hier wie auch gegen die niedrig bemessenen Löhne nicht Front. So ist im Laufe der letzten Woche ein Posten Kerobnerbefestigungsriemen ausgegeben worden, der am 1. Oktober fertig sein soll. Die Arbeiter verlangten 20 Pf., die Unternehmer setzten 15 Pf. für das Stück fest und — sie werden unter Murren, ohne energische Auflehnung gemacht. Alles Heil soll aus Berlin, von der Tarifkommission kommen. Es wurde dann auch einmütig gewünscht, die Zentraltarifkommission möge sofort, wenn in Berlin neue Arbeit ausgegeben wird, die Verwaltungsstellen, die für Militärarbeit in Frage kommen, mit Angabe des Lohnes davon unterrichten. Auf diese Weise sollen einheitliche Löhne erzielt werden. — Wenn dieser Anregung auch stattgegeben wird, so dürfte es durchaus nichts schaden, wenn die Militärsattler sich auf sich selbst besinnen und durch Rückgratfestigkeit sich ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis sicherten. Es darf nicht vorkommen, daß auf Anordnung des Unternehmers von Freitag früh um 7 Uhr bis Samstag mittag 12 Uhr durchgearbeitet wird. Die Arbeitszeit von 10½ Stunden täglich muß beseitigt und vieles andere errungen werden. Darum, Ihr Elberfelder Kollegen, auf zum lustigen Jagen!

Auf der Gaukonferenz am 19. September waren 14 Verwaltungsstellen durch 15. der Gauvorstand durch drei und der Zentralvorstand durch einen Delegierten vertreten. Eine Anzahl Mitglieder wohnte den Verhandlungen als Gäste bei. Die Berichterstattung ergab, daß die Fluktuation durch Zureisende außerordentlich hoch ist. Bei 590 Mitgliedern sind 667 Aufnahmen zu verzeichnen. Der Mitgliederstand ist trotz der Krise stabil geblieben, was schon als ein Fortschritt bezeichnet werden muß. Die Berichterstatter beklagen sich über die Lauheit der Mitglieder in bezug auf Mitarbeit und Versammlungsbesuch. Mehr als 1500 Berufsgenossen stehen dem Organisationsgedanken noch fern. Allgemein werden Hausagitationen den Versammlungen als Agitationsmittel bevorzugt, auch soll das Hauskassierersystem durchgeführt werden. Bei der Beratung über die vorliegenden Anträge, den Sitz des Gaues von Köln nach Elberfeld oder Essen zu verlegen, wurde die Sackreißerei einer Kölner Militärsattler gegeißelt, die für Elberfelder Firmen Patronentaschen anfertigen, obgleich hier ein Kollege schon seit Wochen als Gemaßregelter arbeitslos ist. Gegen 1 Stimmen wurde beschlossen, den Gausitz in Köln zu belassen. Nun will ich die weitere Konferenzberichterstattung unterlassen, um den Schriftführern gegenüber nicht als „arbeitswillig" zu gelten. — Das Stadtbild Elberfelds gestaltet sich durch seine krummen und bergig steilen Straßen, den vielen offenen Geschäften sehr interessant. Einzig in Deutschland ist die elektrisch betriebene Schwebebahn, die Barmen mit Vohwinkel bei Solingen verbindet. Der Samstag stand unter dem Zeichen des Zeppelinfiebers. Eine Depesche jagte die andere. Aber alle Erwartungen machte der in der Nacht zum Sonntag ausgebrochene wolkenbruchartige Regen, der am Abend immer noch anhielt, zuschanden. Die Teilnehmer der Gaukonferenz hielten es unter diesen feuchten Verhältnissen am zweckmäßigsten, ungesäumt ihren heimatlichen Penaten zuzueilen, um das Gehörte zu Nutz und Frommen der Kollegen in Tatsachen umzusetzen. (Fortsetzung folgt.)

Der Generalstreik in Schweden.

Obwohl bereits seit geraumer Zeit Verhandlungen zwischen den streitenden Parteien, dem schwedischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften, stattfinden, ist es doch noch immer nicht gelungen, den Streik zu schlichten. Der Kampf geht also vor der Hand noch weiter. Noch sind zirka 160 000 Arbeiter ausständig und zu unterstützen. Doppelt gibt, wer schnell gibt.

Der internationale Bund der Metallarbeiter bewilligte den Schweden ½ Million Mark. Eine am Montag in Berlin stattgefundene allgemeine Metallarbeiterversammlung, in welcher Vertreter der Metallarbeiter fast aller europäischen Länder das Wort nahmen, beschäftigte sich gleichfalls mit dem Großstreik in Schweden.

Das Verhalten der Engländer und Franzosen, die den Schweden, wie wir bereits früher feststellten, wohl Sympathieresolutionen aber fast gar keine Geldunterstützung zukommen lassen, wurde scharf kritisiert.

Eduard Bernstein, den wir ob seiner Kenntnis der internationalen Arbeiterbewegung durchaus schätzen, fühlte sich ganz ohne Not bemüßigt, seine anglophile Meinung zugunsten der Engländer in die Wagschale zu werfen. Wir sind die Letzten, die einer schematischen Beurteilung des Völkerlebens das Wort reden möchten. Aber alles begreifen, heißt alles verzeihen.

Wenn aber die Organisation der Engländer tatsächlich nicht mehr zeitgemäß ist, um selbst einen Vorgang wie den in Schweden kennen und in seiner Bedeutung erkennen zu lernen, dann ist es die höchste Zeit, daß hier eine Aenderung eintritt. Man soll aber den Mut haben, den Engländern dieses auch unumwunden zu sagen und nicht alle möglichen Entschuldigungen zu ihren Gunsten an den Haaren herbeiziehen. Es ist die alte Geschichte, irgend eine Sportfegerei wird unter den englischen Arbeitern, trotz der „unzeitgemäßen" Organisationsform schneller bekannt und von denselben mehr gewürdigt, als der gewaltigste soziale Kampf, den die Welt je gesehen hat. Und das ist traurig, sehr traurig sogar, das muß anders werden und zwar durch fortwährende sachliche Kritik der englischen Organisationsverhältnisse.

Die letzten Steuern.

Wenn auch nicht die letzten schlechtweg, so aber doch die letzten von den neuen Steuern, die der Reichstag unter tatkräftiger Mitwirkung der „christlichen" Gewerkschaftsangestellten, natürlich nur infolge Wahrnehmung bezw. Würdigung „höherer politischer Gesichtspunkte", dem deutschen Volke beschert hat, treten am 1. Oktober — also in wenigen Tagen — in Kraft. Abgesehen vom Scheckstempel sind es drei Konsumsteuern: die Branntweinsteuererhöhung, die Steuer auf Beleuchtungsmittel und die Streichholzsteuer, die drei Steuern für innere und äußere Beleuchtung, wie man sie in Süddeutschland genannt hat.

Wir geben kurz noch einmal die Hauptpunkte der am 1. Oktober in Kraft tretenden Steuern wieder:

Die Steuer auf Beleuchtungsmittel

setzt sich aus vier Besteuerungsarten zusammen: die Glühkörper zu Glasglühlichtlampen werden mit 10 Pf. pro Stück belastet, die Brennstifte zu elektrischen Bogenlampen werden summarisch versteuert, und zwar beträgt die Steuer für Stifte aus Steinkohle 60 Pf. für das Kilogramm, aus Kohle mit Leuchtzusätzen 1 Mk. für das Kilogramm, Brenner zu Quecksilberdampf- und ähnlichen Lampen bis 100 Watt werden mit 1 Mk. pro Stück versteuert. Für elektrische Glühlampen und Brenner zu solchen ist die Steuersumme unterschieden nach der Wattstärke und der Beschaffenheit, so beträgt die Steuer für Metallfadenlampen, Nernst-Brenner und andere Glühlampen das Doppelte des Steuersatzes der Kohlenfadenlampen, die wie folgt zu besteuern sind:

bis 15 Watt 5 Pf., 16—25 Watt 10 Pf., 26—60 Watt 20 Pf., 61—100 Watt 30 Pf., 101—200 Watt 50 Pf., für jedes weitere angefangene Hundert Watt erhöht sich die Steuer auf 25 bezw. 40 Pf. pro Stück.

Die Zündwarensteuer

beträgt für Zündhölzer, Zündspänchen, Zündstäbchen aus Strohhalmen oder aus Pappe in Behältnissen mit weniger als 30 Stück 1 Pf., mit 31—60 Stück 1½ Pf. pro Schachtel, bei mehr als 60 Stück 1½ Pf. für 60 Stück oder einen Bruchteil davon, für Zündkerzchen aus Stearin oder Wachs bei Schachteln bis zu 20 Stück 5 Pf. für die Schachtel, in größeren Packungen für je 20 Zündkerzchen oder einen Bruchteil davon 5 Pf. Es werden in Zukunft also nur noch hergestellt Streichholzpakete zu 10 Schachteln, jede Schachtel wird etwa 58 Hölzer enthalten, das Paket also 580 Hölzer, bisher etwa 630. Die Kosten erhöhen sich von 10 Pf. mindestens um 15 Pf. Steuer. Wegen der Steuerbezahlung auf Zeit soll aber auch der Zinsverlust vom Fabrikanten berechnet werden, so daß das Paket 28—30 Pf. kosten wird. Für alle am 1. Oktober vorhandenen Vorräte tritt Nachversteuerung ein.

Die erhöhte Branntweinbesteuerung

ist ziemlich kompliziert. Die Verbrauchsabgabe von der innerhalb des Kontingents hergestellten Alkoholmenge wird von 50 Pf. auf 105 Pf., für den außerhalb des Kontingents hergestellten Alkohol von 70 Pf. auf 125 Pf. pro Liter Alkohol erhöht. Es werden somit nicht nur Branntwein, sondern auch alle Liköre, Rum, Kognaks, Parfüms, zu deren Bereitung Alkohol benutzt wird, wesentlich verteuert, mindestens um 60 Pf. im Durchschnitt pro Liter. Die früheren Abgaben werden durch eine progressive Betriebsauflage abgelöst, die von 4 Mk. bis 14 Mk. pro Hektoliter steigt. Diese Betriebsauflage erhöht sich noch für gewisse Zeiten und steht in einem gewissen Zusammenhang mit einer Kontingentierung, dem Durchschnittsbrand. Landwirtschaftliche Brennereien erhalten eine Reihe von Vergünstigungen. Der Einfuhrzoll für ausländische Fabrikate wird ebenfalls erhöht. Branntwein und Branntweinfabrikate, die sich am 1. Oktober im Besitz von Händlern befinden, sind mit 35 Pf. pro Liter Alkohol nachzuversteuern.

Als letzter Rest der sogenannten „Besitzsteuern", die im übrigen schon mit dem 1. August in Kraft traten, wird mit dem 1. Oktober noch

der Scheckstempel

Gesetzeskraft erlangen. Es sind alsdann alle Schecks und Quittungen über Geldsummen, die aus Depositenguthaben gezahlt werden, mit 10 Pf. Steuer zu belegen. Die Steuer trägt der Empfänger des Geldes oder Schecks. Postschecks und Schecks, die dem Wechselverkehr unterliegen, bleiben von der Steuer befreit. Als Scheckstempel werden Stempelmarken verwendet.

Das einzige Gute scheinen diese Steuern bisher gezeitigt haben, daß dem sonst so friedliebenden deutschen Michel eine Laus über die Leber gelaufen zu sein scheint. Wir stehen jetzt im Zeichen des Krieges, eines unblutigen zwar, aber doch eines solchen, der den deutschen Bierphilister in erschreckliche Aufregung versetzt hat. Die Tagespresse hat kaum Raum genug, um alle die „Schlachtberichte" des in allen Gegenden unseres Vaterlandes ausgebrochenen „Bierkrieges" bringen zu können. In Berlin ist der Kampf nun auch in voller Schärfe entbrannt. Die „innere" Beleuchtungssteuer dürfte durch den Parteitagsbeschluß in Leipzig in ihrer geplanten Höhe eine kleine Korrektur erfahren. Hoffen wir und sorgen wir vor allen Dingen dafür, daß die Heldentaten der Schnapschristen und Junker bis zu den nächsten Wahlen nicht in Vergessenheit geraten, damit den Dunkelmännern, „von wegen der Beleuchtungssteuern", gründlich „heimgeleuchtet" wird. — Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend und der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission schlagen der Berliner Arbeiterschaft folgende Resolution zur Bierfrage zur Annahme vor:

„Die Berliner Arbeiterschaft lehnt die Abwälzung der Brausteuer auf die Konsumenten in jeder Form, sei es durch Verkleinerung der Schankgefäße und Flaschen oder Verringerung der Qualität, ab.

Sie verlangt von allen Gastwirten: Beibehaltung der vor dem 1. August üblichen Maße und Preise unter der Voraussetzung, daß das Mindestmaß ¼ Liter für 10 Pf. sein soll, der Festlichkeiten, Versammlungen und dergleichen verlangt die Arbeiterschaft für 15 Pf. mindestens ⅜ Liter Bier.

In Wirtschaften, welche diesem Wunsche nicht nachkommen, verzichten die Arbeiter auf den Biergenuß und verlangen Selterwasser oder dergleichen Getränke. Der Preis des Selterwassers darf auch bei Festlichkeiten und Versammlungen 15 Pf. pro Flasche nicht übersteigen.

Sache der Gastwirtsvereinigungen ist es, die Brauereien in genügender Weise bekannt zu geben, welche durch einen höheren Aufschlag die Durchführung dieser Bestrebungen unmöglich machen."

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Lohnregulator der Militäreffektenbranche scheint sich mehr und mehr die Firma Wunderlich, Berlin, auswachsen zu wollen, d. h. wenn es ausschließlich nach den Ab- und Ansichten der Herren Fabrikanten ginge. Die Kollegen in dieser Branche sind häufig übel daran. Plötzlich, ganz plötzlich wie ein Dieb in der Nacht, tritt ein mehr oder weniger großer Auftrag von Arbeit an sie heran. Die Preise, die die Fabrikanten zahlen wollen, sind meistens schon festgesetzt, es ist oder es soll vielmehr „nichts daran zu ändern" sein, „denn die Firma Wunderlich, Berlin, hat uns mitgeteilt, daß sie die gleichen Preise zahle", so oder ähnlich lauten dann die Ausflüchte der Fabrikanten, wenn die Kollegen eben dieser Preise wegen vorstellig werden. Die Arbeitgeber an anderen Orten bezw. anderer Betriebe vergessen hierbei leider immer, daß diese vielgenannte Firma für die Militärsattler Deutschlands absolut nicht maßgebend ist. Daß die Militärsattler es ablehnen müssen, die von dieser Firma berechneten Stückpreise als „Normalpreise" anzuerkennen, ist schon aus dem Grunde nicht möglich, weil der „Berechnung" dieser Preise augenscheinlich Heimarbeitsverhältnisse, wie sie in Brand bei Freiberg i. S. usus sind bezw. waren, zugrunde gelegt wurden. Ein großstädtischer oder überhaupt leistungsfähiger, seine Arbeitskraft zu bewerten wissender Kollege schätzt seine Arbeitskraft höher ein als sie Herr Backhaus einzuschätzen für gut befindet.

Diese Erfahrung mußten fast zu gleicher Zeit die Herren Fabrikanten in Elberfeld sowohl wie Herr Coban-Berlin machen. Bei den ersteren kam es zu einem halbtägigen Streik, bei der Firma Coban, Berlin, zur Zurückweisung der zu „Wunderlichschen Preisen" angebotenen Karabinerriemen. Beide Bewegungen endeten mit vollem Erfolge.

Aber ein Gedanke drängt sich uns hierbei auf. Soll das wirklich so weiter gehen? Sollen wirklich nur der Firma Wunderlich zuliebe diese fortwährenden Kämpfe im Beruf weitergeführt werden? Wir wissen, und wiederholt schon wurde uns gegenüber von anderen Fabrikanten diese Ansicht geäußert, daß die übergroße Mehrzahl der Unternehmer diese tariflose, diese „schreckliche" Zeit verwünscht. Herr Backhaus hat sich bei dem Kampfe um die Abschaffung des Tarifs als schlechter Strategie erwiesen, wenigstens insoweit, wie das Gesamtinteresse der Fabrikanten in Frage steht. Er selbst allerdings hat unter dem jetzigen Zustande nicht so zu leiden wie seine Konkurrenten, da er das „Glück" hat, beim Kriegsministerium in so gutem Ansehen zu stehen, daß er, und zwar stets er nur allein, mit der Anfertigung neuer Proben und Modelle betraut wird. Die anderen Firmen scheinen eben nicht so leistungsfähig zu sein wie seinige. Oder ist dem nicht so? Wir wüßten sonst keinen plausiblen Grund für das Verhalten des Ministeriums.

Doch sei dem wie es wolle! Wir sind der Meinung, daß es nicht nur bei einigem guten Willen möglich, sondern dringend notwendig ist, daß für die Militäreffektenbranche sobald wie möglich einheitlich geordnete Produktionsverhältnisse geschaffen werden müssen. Wenn nicht mit, dann eben gegen den Willen der Firma Wunderlich, Berlin.

Bei der Firma Kleinheinz, München, wurde dieser Tage gleichfalls ein Tarifentwurf eingereicht, der den Neunstundentag und eine entsprechende Regulierung der Löhne zum Ziele hat.

Aus der Ledergalanteriewarenbranche. In der Ledergalanteriewarenfabrik von H. Bunke in Berlin hatten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, im ganzen 72, die Arbeit niedergelegt. Die Firma weigerte sich, bei Festsetzung neuer Akkordlöhne den Arbeitern 60 Pf., den Arbeiterinnen 35 Pf. Stundenlohn zu garantieren und die Berechtigung zuzugestehen, daß bei Lohndifferenzen der Arbeiterausschuß entscheiden soll. Die Fabrikantenvereinigung hat die Angelegenheit zu der ihrigen gemacht und den Vorstand beauftragt, mit den Vertretern der Arbeiter Verhandlungen anzubahnen, um die Differenzen zu beseitigen und einen für die ganze Branche gültigen Tarif zu schaffen, dem der für die Portefeuilles- und Reiseartikelbranche eingeführte zugrunde gelegt werden soll. — Am Dienstag fanden die Verhandlungen statt. Den Streikenden wurden die Forderungen bewilligt, weshalb am 15. September die Arbeit einmütig aufgenommen wurde.

Bezüglich der Schaffung eines Tarifvertrages für die Album-, Mappen- und Galanteriebranche haben die Arbeitervertreter ihre prinzipielle Zustimmung gegeben. Die Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen bleibt der Arbeiterschaft überlassen, die sich in den nächsten Tagen in einer Versammlung damit beschäftigen wird.

Den Kollegen zur Mitteilung, daß wir mit der Firma Nördlinger u. Pollock (Reiseartikelfabrik) in keinem Vertragsverhältnis stehen. Bei Arbeitsannahme in Stuttgart bitten wir, sich zuvor mit uns in Verbindung zu setzen.

Ortsverwaltung Stuttgart.

Soziales.

Arbeiterferien. Nur in wenigen Betrieben sind bisher Sommerferien für die Arbeiter eingeführt. Kurzsichtiger Unternehmerstandpunkt kann sich nur selten dazu aufschwingen, den Arbeitern einige Tage der Erholung im Sommer zu gönnen, um ihnen, die in täglicher, harter Frohn jahrein, jahraus arbeiten müssen, Gelegenheit zu geben, sich körperlich und geistig zu erholen. Vielfach sind die von der Firma bewilligten Ferien auch von so kurzer Dauer, daß sie den eigentlichen Zweck nicht erfüllen können. Und die Arbeiter auch nur einiger Gewerbe erfreuen sich dieser kleinen Vergünstigungen. Neben dem Buchdruckgewerbe ist es das Brauergewerbe, in dem in einer namhaften Anzahl von Betrieben Ferien für die Arbeiter eingeführt sind.

Im Laufe der Jahre ist es dem Brauereiarbeiterverbande nicht nur gelungen, dem Erholungsurlaub für die Berufsarbeiter eine ausgedehnte Verbreitung zu verschaffen, sondern sie konnten ihn auch tariflich festlegen. Der Erholungsurlaub ist in der Regel nach dem Dienstalter steigend und beträgt 2 bis 8, teilweise 14 Tage bei Bezahlung des vollen Lohnes. Bis zum Jahre 1908 (einschließlich) war ein solcher Erholungsurlaub für 30 504 Personen tariflich festgelegt. Bemerkenswert ist, daß in einer größeren Brauerei in Hannover bei einwöchentlichem Urlaub neben der vollen Bezahlung des Lohnes noch ein Zuschuß von 15 Mk. pro Person gezahlt wird, und zwar partizipieren daran die gesamten Arbeiter des Betriebes.

Von einer der größten Berliner Brauereien ist uns bekannt, daß schon vor Jahren und zwar auf Veranlassung des Generaldirektors, die Bestimmung getroffen wurde, daß während des Urlaubes der doppelte Lohn gezahlt wird. Begründet wurde die Maßnahme damit, daß somit die Arbeiter doch nicht in der Lage wären, ihren Urlaub [illegible] auszunutzen, der Betrieb habe aber ein Interesse daran, daß dieses geschieht, sonst sind die Ferien überflüssig. Sicher eine äußerst zutreffende und nachahmenswerte Ansicht.

Auch in unserem Gewerbe haben wir einige Betriebe, die sich von sozialer Einsicht leiten lassen und den darin Beschäftigten einen Urlaub bei voller Lohnzahlung gewähren. Allerdings muß man solche Betriebe, da sie sehr dünn gesät sind, mit der Laterne suchen. Wie unser österreichisches Fachblatt berichtet, hat die bekannte Taschenfirma Zeller in Wien vor kurzem gleichfalls den Urlaub in ihrem Betriebe eingeführt. Wir entnehmen darüber unserem Bruderorgan folgendes:

„Donnerstag, den 19. August, wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen von ihrem Chef folgendes eröffnet: Alle Gehilfen und Gehilfinnen, die in dem Betrieb seit zehn Jahren beschäftigt sind, erhalten jedes Jahr einen einwöchigen Erholungsurlaub bei Bezahlung des vollständigen Lohnes. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die in dem Betriebe seit mindestens einem Jahr beschäftigt sind, erhalten einen dreitägigen Urlaub bei voller Bezahlung des Lohnes. In Betracht kommen 42 Arbeiter und Arbeiterinnen, die über zehn Jahre beschäftigt sind, daher einen einwöchigen Urlaub genießen. Zwölf Arbeiter und Arbeiterinnen sind länger als ein Jahr beschäftigt und genießen den dreitägigen Urlaub. Ferner sind in der Fabrik Lederarbeiter, Buchbinder, Schlosser und Tischler beschäftigt, so daß sich die Zahl der Urlauber nahezu verdoppelt. Eine sehr wichtige Bestimmung ist folgende Ordre: Die Arbeiter werden verpflichtet, den Urlaub zu nehmen. Daß jemand während seiner Urlaubzeit arbeitet, um sich für eine Woche den doppelten Lohn zu sichern, ist ausgeschlossen."

Wir sehen also, der „Urlaub marschiert". Was in Wien möglich ist, dürfte in Berlin und anderswo auch nicht unmöglich sein. Zweckmäßig wäre es jedenfalls, wenn bei den nächsten Lohn- und Tarifbewegungen die Urlaubsgewährung mit zur Diskussion gestellt würde.

Die Abnahme des Bierkonsums in Deutschland. Infolge der Erhöhung der Biersteuer ist in vielen Teilen Deutschlands ein offener oder stiller Bierboykott ausgebrochen, der sich gegen die von den Brauereien und den Wirten vorgenommenen Preiserhöhungen richtet. Fast allgemein wird mitgeteilt, daß der Bierkonsum zurückgehe. Ob dieser Rückgang anhaltend sein wird, läßt sich natürlich im voraus nicht sagen. Tatsache aber ist, daß in den letzten Jahren überhaupt eine Abnahme des Biergenusses in Deutschland zu konstatieren ist. Zwar ist der Bierverbrauch im deutschen Zollgebiet von 67 468 000

Hektolitern im Jahre 1902 auf 72 842 000 Hektoliter gestiegen; aber diese Steigerung entspricht sogar einer kleinen Abnahme pro Kopf der Bevölkerung. Vor allem aber nimmt in Gegenden, wo bisher der Bierverbrauch sehr verbreitet war, dieser seit einer Reihe von Jahren ständig ab. So beträgt die Abnahme des Bierkonsums in der Bierstadt München z. B. im Jahre 1908 über 6,3 Proz. gegen das Jahr 1907, d. i. um 21 Liter pro Kopf der Bevölkerung. Im Jahre 1898 trank der Münchener im Durchschnitte noch seine 525 Liter im Jahre; jetzt ist dieses Normalmaß um Dreifünftel auf 266 Liter gesunken. Es wurde an Bier konsumiert in München: Im Jahre 1900 bei einer Einwohnerzahl von 490 000 insgesamt 2 129 442 Hektoliter oder pro Kopf der Bevölkerung 433 Liter. Diese Ziffern sanken von Jahr zu Jahr bis zum letzten Jahre bei 561 000 Einwohnern auf 1 493 367 Hektoliter oder 266 Liter pro Kopf. Man wird zugeben, daß dies eine ganz wesentliche Abnahme ist, besonders wenn man den wachsenden Fremdenverkehr der Stadt in Betracht zieht. Auch in anderen Städten ging der Bierkonsum zurück. So trafen auf den Kopf der Bevölkerung in Berlin im Jahre 1901: 248 Liter, 1906: 221,5 Liter; Nürnberg 1897: 356,4 Liter, 1906: 283,6 Liter. Die Aufklärung über die Schädlichkeit des übermäßigen Alkoholgenusses hat zweifellos das meiste zu diesem Rückgange beigetragen. Den Arbeiterorganisationen kommt hierbei das größte Verdienst zu.

Rechtsprechung.

Die Rüffelung eines Gewerberichters durch Unternehmer. In Nr. 25 berichteten wir über die unzweideutige Kennzeichnung, die der Gewerberichter Dr. Warmbold-Hannover den Streikbrechern zuteil werden ließ. Wie wir vermuteten, ist es schneller als geahnt werden konnte, gekommen.

Dr. Warmbold hat mit diesen Ausführungen ein sehr zutreffendes Urteil über die Streikbrecher gefällt. Er hat damit aber die Scharfmacher gegen sich mobil gemacht. In der bürgerlichen Presse Hannovers erschien gleich darauf folgende Notiz:

„Zu den in der letzten Sitzung des Hannoverschen Gewerbegerichts von dessen Vorsitzenden, Herrn Gerichtsassessor Dr. Warmbold, gemachten Ausführungen über „Streikbrecher", die in weiten Kreisen lebhaft erörtert werden, werden demnächst die verschiedenen Vertretungen der hiesigen industriellen Arbeitgeber „Stellung nehmen".

Der Handelskammersekretär Rocke hat die Führung bei dieser Protestbewegung übernommen. Das „Hannoversche Tageblatt" veröffentlichte folgende Notiz:

„Gegen die Aeußerungen über Streikbrecher, die Assessor Warmbold in der letzten Sitzung des Gewerbegerichts dahingehend getan haben soll, daß Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen seien, haben die Innungen einmütig Protest erhoben; ebenso hat sich der Fabrikantenverein gegen diese Unterstellung verwahrt. Die Bemerkung hat besonders deshalb große Erregung hervorgerufen, weil in dem Kiempnerstreik, um den es sich bei der Klage handelte, viele Meistersöhne, die sich teilweise von auswärts den hiesigen Meistern zur Verfügung gestellt hatten, beschäftigt gewesen sind und weil auch von den Gesellen eine ganze Anzahl nicht mitgestreikt hat. Eine von den Innungsvorständen gewählte Deputation hatte in der Angelegenheit am Sonnabend eine Konferenz mit dem Stadtdirektor, an der auch Assessor Warmbold teilnahm. Der letztere hat dabei erklärt, daß er die fragliche Aeußerung in dem allgemeinen Sinne nicht getan, sondern daß er nur den die Klage betreffenden Fall im Auge gehabt habe."

Die Hetze hat auch auf Dr. Warmbold die Wirkung geübt, daß er dem „Volkswille" folgende Erklärung zugehen ließ: „Nach einem Bericht in den hiesigen Tageszeitungen über Abweisung der Zeugnisklage eines Streikenden vor dem hiesigen Gewerbegericht soll ich unter anderem ausgeführt haben, es sei dem Gericht bekannt, daß „Streikbrecher meist moralisch minderwertige Menschen seien, die nach Beendigung eines Streiks wieder verschwänden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielten." Um aufgetretenen Mißverständnissen zu begegnen, erkläre ich hierzu folgendes: Jene Aeußerung ist selbstverständlich nicht allgemein über „Streikbrecher", sondern lediglich unter Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht. Hier handelt es sich nach der vom Beklagten nicht bestrittenen Behauptung des Klägers, wie auch bereits in dem erwähnten Zeitungsbericht zutreffend wiedergegeben ist, um einen als notorischen Streikbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Lohnkampf in den Rücken zu fallen. Nur derartige Personen, die also die womöglich durch Agitation selbst herbeigeführte Zwangslage anderer ausbeuten, um sich persönliche Vorteile dabei zu verschaffen, kommen in Frage. Arbeitswillige, die sich aus häufig sehr berechtigten Gründen an einem Streik nicht beteiligen, vielfach aber fälschlich als „Streikbrecher" bezeichnet werden, und natürlich durch meine Aeußerung in keiner Weise getroffen. Es lag so auch im vorliegenden Fall für mich durchaus kein Grund vor, allgemeine Ausführungen über „Streikbrecher", ein Begriff, der übrigens durchaus nicht festliegt, zu machen."

Der „Volkswille" bemerkt zu dieser Erklärung: „Das alles ändert nichts an der Tatsache, daß Dr. Warmbold ehrlich die Wahrheit gesagt hat. Diejenigen, die sich dagegen wehren, tun es nicht um der Wahrheit willen, sondern weil sie sich der Streikbrecher bedienen und sich nicht gern vorhalten lassen, mit welchen Elementen sie häufig zu tun haben, nur um ehrlichen, anständigen Arbeitern im Kampfe um eine kleine Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und Lebenslage nicht nachgeben zu wollen. Die Wahrheit der Warmboldschen Kritik, von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen, kann täglich gerichtsnotorisch bewiesen werden. Ein drastisches Beispiel zeigt der vorjährige Streik bei Koch u. Kaffebaum. Sämtliche Streikbrecher von damals sind wegen allerlei Verbrechen, sogar Einbruch in der Fabrik, verurteilt; der letzte ist dieser Tage wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet. Als ähnliche Elemente entpuppen sich fast alle gewerbsmäßigen Streikbrecher. Fabrikantenverein und Innungen haben die allergeringste Veranlassung, sich zu entrüsten; sie wissen doch aus Erfahrung am besten, wie recht Dr. Warmbold hat. Wozu also die geheuchelte Entrüstung?"

Das Gebrüll aus dem bekannten „Kuh"stall, der „Arbeitgeberzeitung", läßt u. a. folgende Rüffel ertönen: „. . .Merkwürdigerweise stimmt das Urteil des Herrn Assessors Warmbold über Streikbrecher mit den Ansichten notorischer Hetzer vollständig überein, denen ja jeder arbeitswillige Arbeiter als ein minderwertiges Subjekt erscheint. . ." Diese wenigen Worte genügen, um den Assessor Warmbold zum Schweigen oder aber aus dem Amte zu bringen. Terrorismus ist das natürlich nicht. Der hier entwickelte Eifer der „D. A.-Z." ist übrigens begreiflich, wenn man sich erinnert, daß ihren Preßkosaken, der täppischen politischen Haltung wegen, vor kurzem von ihren „Brotherren" gründlichst die Köpfe gewaschen wurden. Also heißt es jetzt für Felix und tutti quanti die Ohren steif halten, denn, wes Brot ich eß, des Lied ich singe! Und „Arbeitswillige" gibt es genügend, das sind dann natürlich keine minderwertigen Elemente!

Rundschau.

Zur Holzarbeiterbewegung in Südwestdeutschland. Die vom „Südwestdeutschen Arbeitgeberverband für die Holzindustrie" angedrohte Aussperrung sämtlicher Holzarbeiter im Verbandsgebiet will nicht vom Fleck kommen. Wohl haben die Unternehmer auf ihrer Generalversammlung die Aussperrung einstimmig beschlossen, aber die Ausführung des Beschlusses läßt auf sich warten. **Mit Ausnahme von Frankfurt rührt sich in den Orten Südwestdeutschlands nicht ein Unternehmer, um den Beschlüssen Rechnung zu tragen. Vielmehr sind die Unternehmer froh, wenn der Holzarbeiterverband sie in Ruhe läßt.** In einzelnen Städten sind die Unternehmer an die Leitung des Holzarbeiterverbandes herangetreten und haben angefragt, ob die Absicht vorhanden sei, Forderungen zu stellen. Als dies entschieden verneint wurde, folgte die Gegenerklärung, daß dann ja auch keine Veranlassung vorläge, für die Frankfurter die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Diese sollten dann nur sehen, wie sie die Suppe, die sie sich eingebrockt haben, auch selbst auslöffeln.

Die Frankfurter Unternehmer bearbeiten jetzt jeden Betriebsinhaber einzeln, um ihn für die Aussperrung zu gewinnen. Die Unternehmer haben aber kein Vertrauen mehr zu ihrer Leitung. Von den 50 Mitgliedern des Arbeitgeberschutzverbandes haben sich bisher ganze 22 an der Aussperrung beteiligt. Seit Montag, an welchem Tage die Aussperrung in Kraft trat, sind ganze vier weitere Ausgesperrte dazu gekommen. Dagegen hat der Holzarbeiterverband alle Betriebe leer gemacht, die Teilaussperrungen vorgenommen haben. Insgesamt befinden sich jetzt 857 Mann im Streik resp. Aussperrung. Der christliche Holzarbeiterverband, der sich von vornherein solidarisch erklärt hat, ist bisher mit 23 Mitgliedern beteiligt. Die Weltfirma Schneider u. Hanau, die gegenwärtig Montagen in Mannheim, Nürnberg, Hamburg und Baden-Baden auszuführen hat, sperrte 16 Mann aus, um dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes nachzukommen. Der Holzarbeiterverband hat darauf die Arbeit an allen Orten, in denen die Firma Montagearbeiten ausführen läßt, sofort einstellen lassen. Die Arbeiten der Firma sind darum an allen Orten gesperrt, auch in Frankfurt ist der Rest der noch bei der Firma Beschäftigten sofort in den Ausstand getreten, so daß von den 100 in Frage kommenden Arbeitern nicht einer weiterarbeitet. Die Firma sucht jetzt in einer ganzen Anzahl Blätter Arbeiter zu einem Tagelohn von 10 Mk. Es heißt also: Die Augen offen halten!

In Pforzheim haben die Schreiner jetzt ebenfalls auf Anweisung des Verbandes die Arbeit eingestellt. 136 Mann stehen im Streik und nur einige Nichtorganisierte arbeiten weiter.

In Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg hat sich die Situation für die Kämpfenden noch verbessert, indem von den wenigen stehengebliebenen Arbeitswilligen sich noch eine Anzahl den Streikenden angeschlossen hat.

Korrespondenzen.

London, September 1909. Am Dienstag, den 14. September, fand die Extrageneralversammlung statt, in welcher der Delegierte zur Internationalen Konferenz in Köln, Kollege Danis, seinen Bericht gab. Obwohl der Bericht bereits gedruckt vorlag und jedem einzelnen Mitglied zugesandt worden war, wurde doch von verschiedenen Seiten gewünscht, daß der Kollege Davis persönlich seine Eindrücke zum besten geben soll.

Dieser erfüllte den Wunsch sehr eingehend. Er lobte sehr den Empfang seitens der deutschen Kollegen, nur beklagte er sehr die Schwierigkeiten der Verhandlungen durch die verschiedenen Sprachen. Es wurden darauf Fragen gestellt. Namentlich die Angelegenheit der Kaschauer Strafhauskonkurrenz wurde besprochen und beschlossen, sich mit den Organisationen von Oesterreich-Ungarn in Verbindung zu setzen, um zu ermitteln, ob es Tatsache ist, daß dort englische Arbeiter angestellt sind und wie viele. Es ist niemand von den Anwesenden bekannt, daß irgendein Kollege nach dort Stellung genommen hat. Die Vorwürfe, die auf der Konferenz gegen die englischen Organisationen erhoben wurden, kamen auch zur Sprache und wurde betont, und zwar mit Recht, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, herauszufinden, wie viele Werkstuben und Arbeiter in unserer Branche sind. Während dieses in Deutschland durch die Anmeldung und Abmeldung bei der Krankenkassen ein leichtes ist, so besteht in England dagegen nichts derartiges, um zu irgend einem Resultat zu kommen. Es kommt noch hinzu, daß die Arbeiter selbst gegenseitig mißtrauisch sind und sich vielfach weigern, anzugeben, wo sie in Stellung sind. Ebenso verhält es sich mit den russisch-polnischen Kleinmeistern, die ihre Arbeiter aus den frisch Zugereisten rekrutieren. Wenn man also diese verschiedenen Schwierigkeiten namentlich in unserem Gewerbe, wo noch vielfach die Hausarbeit besteht, berücksichtigt, so kann man erst verstehen, daß es keine leichte Arbeit ist, die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Der Vorwurf, welcher den englischen Trade-Unions gemacht wird, daß sie es den ausländischen Arbeitern schwer machen, sich anzuschließen, wird auch vielfach übertrieben. Es mag wohl in einzelnen Organisationen der Fall sein, aber im allgemeinen wird bei der Aufnahme kein Unterschied gemacht zwischen Ausländern und Engländern. Im allgemeinen war die Versammlung, welche sehr gut besucht war, sehr zufrieden mit dem Bericht und es wird gehofft, daß die geringen Kosten der Delegation reiche Früchte tragen werden. Die Anwesenden wurden aufgefordert, alles zu tun, um den Kollegen Deutschlands nachzueifern. Ein Organisationskomitee wurde sofort neugebildet, um in der nächsten Werkstubendelegiertensitzung zu beraten, welche Schritte zu nehmen seien, um eine Vereinigung mit der Portmanteaumaker Society herbeizuführen. Das Resultat der Urabstimmung über die Anstellung eines besoldeten Sekretärs, wovon ich im letzten Brief berichtete, wurde bekanntgegeben. Demnach stimmten: dafür und erhöhtem Beitrag 1,50 Mk. pro Quartal 56; dafür und Bestreitung der Mehrkosten aus der Kasse 47; dafür, daß mit der Anstellung gewartet werden soll, bis die Mitgliederzahl 500 beträgt, 120. Die Sache bleibt also vorläufig beim alten. R.

Mannheim. (E. 20. 9.) Am Dienstag, den 14. September, fand im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung für alle in der Sattlerei beschäftigten Arbeiter statt, wozu Gauleiter Koll. Alg aus Stuttgart erschienen war. Der Versammlung war eine Hausagitation vorausgegangen, welche aber nicht den gewünschten Erfolg hatte. Von den zirka 40 unorganisierten Sattlern am Orte waren 4 dem Verbande beigetreten. Der größte Teil dieser Unorganisierten gehört der Treibriemenbranche an und sind dieselben meistens in den Fabriken als Betriebssattler beschäftigt und deshalb schwer für uns zu gewinnen. Trotz Einladung fanden es dieselben nicht der Mühe wert zu erscheinen. Kollege Alg führte der Ver-

sammlung in sachlicher Weise die Wirkung der neuen Steuern vor Augen und nahm in kritischer Weise das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer unter die Lupe. Des weiteren kam er auf die Reichsversicherungsordnung zu sprechen, welche jetzt dem Reichstage zur Beratung vorgelegt wird. Auch diese ist im wesentlichen wieder eine Verschlechterung für die Arbeiter. Es sollen die Hilfskassen aufgelöst und den Ortskrankenkassen zugeführt werden, wogegen die Innungs- und Schwindelkassen weiterbestehen bleiben können. Ebenso ist es mit der Witwen- und Waisenversicherung, welche gleichfalls nicht den berechtigten Anforderungen der Arbeiter entspricht. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, den Verband in jeder Weise zu unterstützen und sich an der weiteren Agitation besser als bisher zu beteiligen, schloß der Redner seinen 1½stündigen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen. Diskussion fand nicht statt, ein Zeichen, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten zufrieden waren. Es wurden nur einige Anfragen betreffs der Unterstützungen gestellt, worüber der Referent Aufklärung gab.

Dresden. (E. 22. 9.) Am 14. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Volkshauses. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte es sich notwendig, die Wahl eines Schriftführers vorzunehmen, welche trotz mehrfacher Vorschläge ergebnislos verlief. Nun erhielt Gen. Menke zu seinem Vortrag: „Thomas Münzer und seine Zeit", das Wort. Zurückgreifend auf frühere Zeit, erläuterte Redner, in welch skrupelloser Weise die katholische Kirche es verstanden hat, sich sämtliche kirchliche wie politische Macht anzueignen und diese dazu benutzte, das Volk in Unwissenheit und Gedrücktheit zu erhalten. Trotz dem heftigen Widerstreben der Kirche hatten sich Spanien und Frankreich aufgerafft, das päpstliche Joch abzuschütteln, desto mehr lastete es auf Deutschland. Durch den Austausch der Wirtschaftserzeugnisse gegen Geld entwickelte sich mehr und mehr der Handel und das Handwerk. Nun schilderte der Vortragende eingehend, wie sich das Raubritterwesen entfaltete. Auch die katholische Kirche wußte ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen, indem sie den Ablaßhandel einführte, welcher soweit gediehen war, daß es für begangene und noch zu begehende Sünden einen Sündenvergebungstarif gab, nach welchem man zu zahlen und zu beten hatte. Der Dominikanermönch Johann Tetzel war ein würdiger Diener dieser katholischen Kirche. Er hatte in 3 Wochen für 50 000 Taler Sünden vergeben. Durch die pfäffische Mißwirtschaft wurde das Volk aufgelegt gegen die Kirche. Luther war der erste, welcher öffentlich gegen die Kirche vorging, und fast zur gleichen Zeit griff Thomas Münzer in unerschrockener, selbstloser Weise für die sittliche und geistige Hebung des Volkes ein. Sein ehrliches Tun mußte Thomas Münzer bald genug mit dem Leben bezahlen. Der Redner faßte das Wirken Münzers in seinem mit Beifall aufgenommenen Vortrage in die Worte zusammen, daß er für die damalige Zeit als der Vorkämpfer des Sozialismus anzusehen ist.

Unter Gewerkschaftlichem gab Kollege Berndt die Abrechnung über die eingegangenen Gelder für die schwedischen Arbeiter bekannt. Es wurden von unseren Kollegen 121,70 Mk. gesammelt. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten erfolgte ¾11 Uhr Schluß der Versammlung.

An den Schriftführer! Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden. D. R.

Mülheim a. M. (E. 23. 9.) Am Montag, den 20. September 1909, fand die Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle im „Frankfurter Hof" statt. Vor Beginn der Tagesordnung erhoben sich die Kollegen zu Ehren unseres verstorbenen Mitgliedes Peter Erkrath von ihren Plätzen. Nachdem hielt Gauleiter Kollege Höf-Offenbach einen 1¼stündigen Vortrag über: „Die kapitalistische Wirtschaftsweise und die Notwendigkeit der Gewerkschaften". Der Referent entfaltete in kurzen Worten ein klares Bild über die Ausbeutung der Arbeiter seitens der Kapitalisten und Industriellen! In klaren Zügen streifte er, vom Beginn des Welthandels anfangend, die Sklavenbehandlung im Orient, das Zunftwesen im Mittelalter, die Einführung der Maschinen sowie die Neuzeit und die unmenschliche Ausnutzung des arbeitenden Volkes durch die Arbeitgeber und schloß mit einem Mahnwort an alle organisierten Kollegen, treu zur Organisation zu halten und alle noch Fernstehenden derselben zuzuführen. Die anwesenden Kollegen waren von den Ausführungen des Referenten sehr befriedigt. Jedoch müssen wir den übrigen Kollegen dringend ans Herz legen, den Versammlungsbesuch durch ihre Anwesenheit etwas zu verstärken, da es sich doch um ihre eigenen Interessen handelt, besonders bei der jetzigen Konjunktur.

An den Schriftführer: Schriftsätze für die Zeitung dürfen nur auf eine Seite des Papiers geschrieben werden. An der Seite ist außerdem ein 3—4 Zentimeter breiter Rand für Korrekturen und dergleichen zu lassen.

Delmenhorst. (E. 27. 9.) Am 17. September fand im „Oldenburger Hof" eine öffentliche Versammlung statt, in der unser Gauleiter, Kollege Güldner-Hamburg, einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was wir wollen, was wir sollen!" hielt. Zu dieser Versammlung waren sämtliche Kollegen und Kolleginnen von Delmenhorst erschienen. Die anwesenden Unorganisierten wurden für den Verband gewonnen. Es wurde beschlossen, daß Anfang Oktober eine Filiale gegründet werden soll. Zum Schlusse ermahnte Kollege Güldner die Anwesenden, fest und treu zur Fahne zu halten, damit die Kollegen immer so gut organisiert sind wie jetzt und wünschte der zukünftigen Filiale Glück zur erfolgreichen Tätigkeit.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Verwaltungsstellen Geringswalde und Falkenstein i. V. haben sich aufgelöst.

*

Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit wiederholt auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden durch die Ortskassierer, nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Restbeiträge, eingezogen und an die Hauptverwaltung eingesandt.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Vorstand.

Adreßänderungen.

Ulm a. D. RU. beim K. J. Bühler, Rosengasse 26 I, 12—1 und 7—8 Uhr. V. Hohentwiel, Fischergasse 6 (Gewerkschaftshaus).

Plauen i. V. K. Max Roth, Tischerstr. 19 I.

Briefkasten der Expedition.

Wir weisen ausdrücklich nochmals darauf hin, daß Bestellungen, die Anzahl der zu sendenden Exemplare der Zeitung betreffend, spätestens Dienstag früh in unseren Händen sein müssen, anderenfalls wir für richtige Sendung keine Gewähr übernehmen können. In letzter Zeit liefen noch derartige Bestellungen für die Nrn. 23 und 24 ein, als sogar die Nr. 26 bereits versandt war. Wir bemerken noch, daß der Versand so vor sich geht, daß Freitags, spätestens aber Sonnabends alle Empfänger im Besitz der Zeitungen sein müssen.

Versammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns einlaufen.)

Berlin. Reiseartikelbranche. Mittwoch, den 6. Oktober, bei Graumann, Naunynstr. 27. — Militärbranche. Mittwoch, den 6. Oktober, im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27 c.

Bautzen. Sonnabend, den 9. Oktober, ½9 Uhr abends, Mitgliederversammlung in Stadt Zittau.

München. Samstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, „Orientalisches Café", Rumfordstr. 32 a, I. Stock, Oeffentliche Sattlerversammlung. Referent: G. Maurer, Gemeinde-Bevollmächtigter, über: Was hat uns die Finanzreform gebracht und was will uns die Reichsversicherungsordnung bescheren?

Enkheim. Montag, den 4. Oktober, nachmittags 5 Uhr: Große öffentliche Versammlung der Börsen- und Taschenindustrie bei Georg Ernst in Enkheim. Tagesordnung: 1. Der neue Tarifvertrag. Referent Kollege Schulz. 2. Welche Maßnahmen ergreifen wir gegen die widerstrebenden Arbeitgeber. 3. Wahl der Beisitzer zur Schlichtungskommission. — Die Arbeitgeber werden höflichst ersucht, rechtzeitig Arbeitsschluß eintreten zu lassen.

Anzeigen

Bekanntmachung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands, „Hoffnung", E. H. 64, Berlin.

Den Verwaltungsstellen wird hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß im laufenden Jahre 53 Wochenbeiträge zu erheben sind. Die Marke für die 53. Woche ist in den Mitgliedsbüchern hinter der 52. Wochenrubrik in Rubrik „Bemerkungen" einzukleben.

Der Vorstand:
Wilhelm Giese, Vors. Otto Schubert, Kassierer.

Quartalsversammlung.

Essen (Ruhr): Sonntag, den 3. Oktober, bei Herrn Schmiering, Kapstadtstraße. Tagesordnung: Zahlung der Beiträge; Vierteljahrsabschluß.

Der Vorstand.

Koch's Sattler-Nähmaschinen

neuester, vollkommenster und leistungsfähigster Konstruktion beziehen Sie am besten und billigsten, auch auf Teilzahlung, von

August Mappes, Heidelberg.

Täschner,

welcher speziell auf Keil-, Steg-, Maulbügel- und Koffertaschen selbständig arbeiten kann, sowie im Zuschneiden und Maschinenködern bewandert ist, bei 9stündiger Arbeitszeit und 55 Pf. Stundenlohn, bei dauernder Stellung sofort gesucht.

H. Voß,
Koffer- und Lederwarenfabrik,
Hamburg, Grimm 2 u. 3.

Sattler

gesucht an jedem Ort, welche Vertretung hocheleg. Neuheiten (erstklass. Weihnachtsartikel) nebenbei übernehmen. Hoher Verdienst. Auskunft vollständ. kostenlos.

Hermann Wolf, Zwickau i. Sa., Nordstraße 30.

Lehrbücher für Sattler:

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer . . .	7,50 Mk.
Morgenstern, Der Sattler als Zuschneider	5,00 „
Rausch, Der Wagenfabrikant	9,00 „
Reinsch, Der Wagenkasten und sein Plan	5,00 „
Reuter, Die Schule des Tapezierers . . .	7,50 „
Schlüter u. Rausch, Handbuch f. Sattler	9,00 „
Schlüter, Zuschneiden der Sattler-Arbeiten	7,50 „

Zu beziehen durch:
Joh. Fassenbach, Berlin SO. 16.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkursmassen, Lombardgeschäften usw. aufkaufte. Ferner liefere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.
100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. — 500 sende franko. — Nichtkonvenierendes nehme unfrankiert zurück. Versand nicht unter 100 Stück. — **Th. Peiler,** Versandhaus, **Berlin C.,** Neue Schönhauser Straße 16. — Gegründet 1886.

Verantw. Redakt.: Fritz Müntner, Kaulsdorf. Verlag: Peter Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.